

BULLETIN

NUMMER 3 | September 2013



-
- * 4 Stadtrat - «...de möchet er nüt dümmers» *
 - * 8 Kantonsrat - Sparen für die Reichen *
 - * 13 Leben in Zug - Soll ich bleiben oder gehen? *
 - * 14 Stadttunnel - «Visionär muss man sein...» *
 - * 18 1:12 - Mehr Lohngerechtigkeit *
-

2

3 Editorial

Verschwendung stoppen!

4 Stadtrat

«... de möched er nüt dümmers»

8 Kantonsrat

Sparen für die Reichen

10 Stadtentwicklung

Der Fall Detroit's

12 Finanzplatz Zug

Der grosse Nachhall

13 Leben in Zug

Soll ich bleiben oder gehen?

14 Stadttunnel

«Visionär muss man sein ...»

17 2000 Watt

Wo steht die Stadt heute?

18 1:12

Mehr Lohngerechtigkeit

20 Lauschangriff

«Yes, we scan»

22 Alternative Risch

Hanni fertig

24 Service

Herti-Initiative
Veranstaltungen
Kino
Büchermail
Adressen
Impressum



À propos Lauschangriff: «Papi sagt, du spionierst uns aus» – «Er ist nicht dein Papi»

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Verschwendung stoppen!

Rita Hofer, Präsidentin Alternative – die Grünen Hünenberg | Bild Rita Hofer



Das Thema Energie ist zurzeit omnipräsent. Es wird viel darüber geschrieben und debattiert in Fachkreisen wie auch auf politischer Ebene. Wie viele Informationen brauchen wir noch, damit sich alle ihrer Verantwortung im Umgang mit Energie bewusst werden können? Dabei geht es mir nicht primär darum, wie wir in Zukunft mehr Energie umweltverträglicher produzieren, sondern auch, wie wir Energie sinnvoll einsparen können.

Beim Einkaufen ertappe ich mich oft dabei, wie ich vollgepackte Einkaufswagen kritisch betrachte und mich frage, wie viele dieser Produkte später im Abfall landen werden und wie viel Energie bei deren Produktion wohl aufgewendet wurde. Der Film «Taste the

Waste» zeichnet ein deutliches Bild der Nahrungsmittelverschwendung: Allein in der Schweiz werden jedes Jahr so viele Nahrungsmittel entsorgt, dass man damit eine stehende Lastwagenkolonne von Zürich bis Madrid füllen könnte. Was das an Energieaufwand für die Produktion bedeutet, kann sich jede Person vorstellen. In Deutschland könnte man ein AKW einsparen, wenn allein der Brennwert des Brots, das jährlich entsorgt wird, zur Verfügung stünde! Dass eine Grossbäckerei ihre Backöfen mit dem

Verbrennen von altem Brot heizt, scheint doch absurd! Und dass mit Nahrungsmitteln sogar spekuliert wird, ist für mich der traurigste Tiefpunkt einer Geldgier, die mit keinem Gefühl von ethischer Verantwortung mehr in Verbindung steht.

Die Brotauswahl im Einkaufszentrum muss bis Ladenschluss das ganze Sortiment umfassen. Können wir uns das aus ethischer und ökologischer Sicht überhaupt leisten? Wäre hier nicht ein grosses Energiespar-Potenzial vorhanden, wenn die Bevölkerung darüber ausreichend informiert und dafür sensibilisiert wäre?

Resten verwerten!

Auch die Unsicherheit im Zusammenhang mit aufgedruckten

Verfalldaten führt oft dazu, dass einwandfreie Produkte unkontrolliert entsorgt werden. Ein Joghurt ist noch mindestens zehn bis vierzehn Tage nach Ablauf des aufgedruckten Datums einwandfrei geniessbar. Und im Zweifelsfall sind wir ja ausgestattet mit unseren Sinnesorganen, die uns bei einer allfälligen Prüfung richtig urteilen lassen. Auch getrocknetes Brot ist vielleicht schon einige Tage alt, aber noch lange nicht verdorben und immer noch essbar. Und es gibt wunderbare, unkomplizierte Rezepte, die sich prima mit Resten herstellen lassen: Die leckeren «Fotzelschnitten» zum Beispiel haben sich nicht per Zufall als beliebtes und praktisches Abschlussessen für Schul- oder Pfadilager etabliert. Oder der typische Brotkuchen aus dem Tessin: Absolut keine trockene Angelegenheit! Auch ein Käsetoast ist einfach und schnell zubereitet und es braucht dafür nicht dringend Toastbrot.

Saisonal und regional einkaufen!

Ausserdem könnten wir viel Energie einsparen, wenn wir mehr auf saisonale und regionale Produkte setzten! Im Kanton Zug finden wir ein grosses Angebot an Nahrungsmitteln, die keine grossen Transportwege benötigen. Zusätzlich würden wir so unsere lokalen Betriebe und Produzentinnen stärken und wertschätzen. Dass immer mehr Bauernhöfe ihren Betrieb aufgeben, sollte uns mehr als nur zum Nachdenken anregen. Mir scheint es zwingend notwendig, dass sich die gesamte Bevölkerung ihrer Macht als Konsumentinnen und Konsumenten stärker bewusst wird, damit jede Person ihren Handlungsspielraum kennt und dazu motiviert wird, einen persönlichen Beitrag für eine positivere Ökobilanz zu leisten. ■

«...de möched er nüt dümmers»

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

4 **Andreas Bossard wurde im Herbst 2002 in die Exekutive der Stadt Zug gewählt. Neben seinem Amt als Stadtrat ist er auch Vorsteher des Departements Soziales, Umwelt und Sicherheit (SUS). Das BULLETIN hat das Interview am 23. August 2013 mit ihm geführt.**

BULLETIN: Welche Themen beschäftigen dich im Moment?

Andreas Bossard: Im Moment kann man eigentlich nicht mehr politisieren. Unter dem neuen Finanzchef wird nur noch über das Sparen gesprochen und politisch etwas gestalten, so wie ich es mir wünsche und vorstelle, kann man in der jetzigen Situation nicht. Ich bin jetzt im elften Jahr im Amt und es war noch nie so schlimm mit den engen finanziellen Ressourcen. Tragisch ist, dass das durch zahlreiche Steuersenkungen seitens des Kantonsrats künstlich hergestellt worden ist. Zusätzlich gab es noch die gemeindlichen Steuersenkungen. Wir hatten mal mit dem komfortablen Steuersatz von 70 gerechnet, nun sind wir bei 60 unten. Zusätzlich kommt der grosse Finanzausgleich von gegen 70 Millionen. Damit wir auch wieder investieren können, bräuchte es einfach wieder mehr Einnahmen in der Kasse.

BULLETIN: Welche Investitionen oder Entscheide stehen an?

Andreas Bossard: Beispielsweise das Schulhaus Herti. Es ist dringend in diesem Quartier, dass mehr Schulraum zur Verfügung gestellt würde. Das Quartier wächst und wächst. Die Kinder vom Feldhof gehen auch ins Herti in die Schule und in diesem Quartier werden noch mehr Blöcke aus dem Boden schiessen. Das ist das Einzige, was zurzeit wirklich dringend ist.

Ferner wünsche ich mir sehr, dass uns der Handel um den Ökihof gelingt. Die Verhandlungen mit der Korporation Zug und dem Wasserverwerk Zug (WWZ) stehen vor dem Abschluss. Zur Erinnerung: Der Ökihof muss im Jahre 2017 vom jetzigen Standort weg, weil die SBB uns ge-

kündigt hat. Wir haben jahrelang Standorte evaluiert und haben festgestellt, dass ein Ökihof eigentlich nur im Gebiet nördlich der Verzinkelei Zug zu realisieren ist. Dort befindet sich eine grosse Wiese, die hälftig der Korporation und den WWZ gehört. Durch die Verlängerung der In-

tiert. Wir sind Weltmeister im Recycling und bringen bis zwei Drittel der Abfallmenge wieder in den Stoffkreislauf zurück. Das muss auch mit einem neuen Standort weitergehen.

BULLETIN: Doch der Stadtrat kann bringen was er will, der GGR findet es schlecht?

Andreas Bossard: Genau. Das ist auch so etwas – in der Politik erhält man kaum jemals ein Lob für etwas. Wir sind zum Beispiel überzeugt, dass wir die Verhandlungen mit der



dustriestrasse wegen des Baus der Tangente Baar/Zug kann das Projekt erschlossen werden. Die Erschliessung war ein wichtiger Aspekt in den Standortüberlegungen. Die Korporation gibt ja grundsätzlich kein Land ohne Gegenwert. Da die Stadt kein Land hat, war das schwierig. Doch wir haben eine Lösung gefunden. Das Bürohaus Zentrum, wo unser Gespräch stattfindet, wird der Korporation als Gegenleistung angeboten. Das Geschäft ist so weit, dass es wieder vor den Grossen Gemeinderat (GGR) kommt. Zug braucht den Ökihof und das Brockenhaus, beides ist bei der Bevölkerung bestens akzep-

Korporation und dem WWZ gut gemacht haben, doch glaube ich, dass es bei diesem Geschäft vor Kritiken sprudeln wird im Sinne von, wir hätten zu wenig gut verhandelt etc. Es wäre schade, wenn ein solches Verhandlungswerk gebodigt würde als Affront gegen den sogenannten linken Stadtrat. Seit Beginn der Legislatur wird Wahlkampf gemacht, indem der Stadtrat kritisiert wird. Aber, das muss auch gesagt sein, im Stadtrat selber haben wir eine gute Zusammenarbeit – im Gegensatz zur letzten Legislatur. Wir sind jene Exekutive im ganzen Kanton mit den wenigsten Kompetenzen. In allen anderen Ge-

meinden hat der Gemeinderat relativ viel Macht, die machen zweimal im Jahr eine Gemeindeversammlung, wo das Allernotwendigste vorgelegt werden muss. Das kommt dann meistens durch, weil nur wenige an diese Versammlungen kommen. Wir müssen aber immer durch ein Parlament, das uns mit unzähligen Vorstössen füttert. Jeder Vorstoss braucht Zeit und Arbeit, die Ressourcen sind eng. Ich meine, dass wir einen Drittel oder einen Viertel der Ressourcen für den Grossen Gemeinderat benötigen, um all das zu bearbeiten. Ein SVP-Gemeinderat hat mir übrigens einmal wortwörtlich gesagt: «Weisch, mir stecked eu Arbeit zue, denn möched er nüt dümmers.» Eigentlich finde ich es ja gut, dass es eine Legislative gibt, dass wir ein demokratisches System haben, mit dem man Einfluss nehmen kann. Nur macht mich die Zusammenarbeit zwischen der Exekutive und der Legislative zurzeit auch ungeduldig.

BULLETIN: Wie wirkt sich das Sparen in deinem Alltag aus?

Andreas Bossard: Die De-Investition ist zurzeit ein grosses Thema. Jede Liegenschaft wollen die Bürgerlichen auf ihren Nutzen und ihre Rendite überprüfen, und ob man sie allenfalls verkaufen will. Das ist keine langfristige Planung. Ein Haus kann man auch noch in 20 Jahren brauchen, als Tauschmasse wie oben beschrieben oder sonst für einen Zweck. Grad eine Stadt wie Zug, die keinen Boden hat, ist sonst immer am kürzeren Hebel, vor allem dann, wenn die Preise noch mehr steigen. Wir wissen ja nicht, was spätere Generationen noch brauchen. Dann bekommen wir keine Personalstellen mehr zugesprochen. Obschon vernünftige Anträge da sind, werden sie mit dem Argument abgewürgt, die Mitarbeitenden sollen mehr arbeiten. Diese Haltung macht mir Sorgen, weil das für die Angestellten auch gesundheitliche Folgen haben kann. Ein Bei-

spiel: Die Stadt hat von der Bevölkerung den Auftrag erhalten, die 2000-Watt-Initiative umzusetzen. Das ist eine riesige zusätzliche Aufgabe. Dafür werden wir zwar eine 50-Prozent-Stelle erhalten – das heisst es kommt nun noch in den GPK und in den GGR – aber auch nur, weil wir an einem anderen Ort diese Stellenprozente eingespart haben. Stellenprozente werden hin und her geschoben bis es fast gar nicht mehr geht. Leute, die aus psychischen oder physischen Gründen nicht ihre volle Leistungskraft erbringen, kann man so nicht mehr angestellt lassen. Das verurteile ich. Nun sind wir selbst in der Verwaltung so weit wie in der Wirtschaft, dass man für solche Menschen keine Stellen mehr hat. Dafür muss man das dann mit sozialen Organisationen abdecken, die geschützte Arbeitsplätze anbieten. Doch auch das wird durch die Allgemeinheit finanziert, einfach auf anderen Wegen. In meinen Augen ist ein solches Denken überhaupt nicht nachhaltig.

BULLETIN: Hier hat vor allem der Stadtrat gesprochen. Und als Sozialvorsteher?

Andreas Bossard: Da ist natürlich das Wohnen ein grosses Thema. Wir haben ein paar Notwohnungen in der Stadt. Diese sind in Gebäuden, die verschwinden werden. Neben einer zweiten Asylunterkunft müssen wir uns auch Gedanken machen, wie wir zu Notunterkünften kommen. Die Stadt machte jahrelang gute Rechnungsabschlüsse und man hat es verpasst in den guten Zeiten solche Themen anzupacken. Man kann schon sagen, dass wir in einer Krise sind, die von den Bürgerlichen verursacht wurde. Dem Stadtrat sind zurzeit wegen fehlender Mittel die Hände gebunden und ich befürchte, dass die Bürgerlichen im Wahlkampf des nächsten Jahres das für ihre Zwecke ausschlachten werden und sagen werden, dass der linke Stadtrat eine miese Politik betrieben hat.

Dann ist noch das Waldheim. Das hat mich sehr beschäftigt. Es wurde nun 2 Jahre lang für Asylunterkünfte zwischengenutzt. Ende 2013 wird das Haus leer sein, obwohl man das noch gut brauchen könnte, die Asylsu-



chenden müssen raus. Weil einzelne Anwohner dieses Ansinnen so stark bekämpften, hat man die Nutzung auf 2 Jahre lang beschränkt und es wurden ihnen grosse Zugeständnisse gemacht. Z.B muss die Securitas jede Nacht mehrmals vorbeigehen und nach dem Rechten schauen. Nun läuft das fast eineinhalb Jahre und es gab noch nie einen Vorfall. Das ist auch so etwas: Es wird Geld für ein vermeintliches Unsicherheitsgefühl verlockt, das dann andernorts fehlt. Nun sind wir daran, mit der Stiftung, der das Waldheim gehört, die weitere Nutzung zu klären. Und auch hier macht der GGR mit Vorstössen immer wieder Druck, der gar nicht nötig wäre. Geplant sind kleinere und grössere betreute Alterswohnungen, die auch sozialverträglich sind. Das bräuchte einen Abbruch des Hauses, vermutlich gibt es dann wieder Einspruch der gleichen Nachbarn. Das ärgert mich manchmal schon, wenn man weiss, dass man beispielsweise

6

eine Warteliste von weit über 100 Leuten hat, die eine Alterswohnung bräuchten und die Realisierung so harzt, weil es immer wieder Verzögerungen gibt.

BULLETIN: Gibt es genug Pflegeplätze in der Stadt?

Andreas Bossard: Die Alterspolitik ist in grossem Wandel. Wir konnten vor kurzer Zeit ein wunderbares Pflegezentrum in der Frauensteinmatte einweihen, auch sind wir daran, in

man spricht von Alterszentren. Die Bemühungen der vergangenen Jahre bestanden darin, dass ältere Menschen möglichst lange an ihrem Wohnort unterstützt werden. Heute geht man dank Spitex, Privaten und Alterswohnungen mit Serviceleistungen erst in ein Alterszentrum, wenn man intensive Pflege benötigt. Ausser jemand begleitet seinen pflegebedürftigen Partner ins Heim. Dieses System greift nun langsam, so dass weniger Leute in Alterszentren

BULLETIN: Kannst du Aufgaben der anderen Abteilungen erläutern?

Andreas Bossard: Ich bin auch noch Umwelt- und Sicherheitsvorsteher und habe ein Kader bestehend aus LeiterInnen für das Polizeiamt, die Fachstelle Alter, das Sozialamt, die Signalisationen und die Fachstelle Umwelt & Energie. Die Sicherheit ist gut aufgegleist, die Stadt Zug wird im Benchmark immer hoch gewertet, wir konnten den Kontakt zur Zuger Polizei intensivieren. Erfreulicherweise hat der KR endlich mal eine zusätzliche Polizeistelle geschaffen, so dass man nun in der Stadt Zug mehr Polizeipräsenz spürt. Wir haben einen Vertrag mit Sicherheitsassistenten und der Securitas, dass all das, was wir an Nutzung des öffentlichen Raumes bewilligen, auch kontrolliert wird. Man darf nicht vergessen, dass wir Hunderte von Bewilligungen jährlich für eine Nutzung des öffentlichen Raumes herausgeben, die Einhaltung von Vorgaben nötig macht. Damit bezüglich Lärm und Sicherheit keine zu grossen Probleme entstehen. Wir haben einen hohen Druck an Orten wie Seeuferzone und Landgemeindeplatz, wo verschiedene Ansprüche aufeinanderprallen. Was mich sehr freut ist, dass wir nun mit anderen Gemeinden zusammen eine Littering-Fachperson anstellen konnten. Wir haben einen guten Kontakt zur Zuger Polizei, die sich unsere Bedürfnisse auch anhört. Auf diese Zusammenarbeit bin ich stolz.

Als ehemaliger Präsident des WWF bin ich mir bewusst, dass man beim Thema Umwelt natürlich noch viel mehr machen könnte. Da sind einfach zu wenig Ressourcen für diesen Bereich da. Wir müssen für jedes Projekt kämpfen. Der Waldameisen-schutz, der von einer privaten Gruppe lanciert wurde, ist so ein Projekt. Man hat festgestellt, dass Ameisen sehr wichtig sind beim Schutz gegen Zecken. Als ich Kind war, gab es praktisch keine Zecken, heute sieht dies



Absprache mit einer Stiftung in Baar Pflegebetten zu errichten. Aus der jetzigen Optik hätten wir dann eigentlich genug Pflegebetten. Doch diese Zahlen ändern sich ständig. Vor 2 Jahren noch glaubte man aufgrund der damaligen Zahlen, dass man um 2020 herum ein weiteres Pflegezentrum bauen müsste. Die aktuellsten Zahlen werden erst noch kommen, wir können aber bezüglich ihrer Tendenz sagen, dass ein zusätzliches Pflegezentrum eher nicht mehr nötig wird. Die Altersheime haben sich in Pflegeheime gewandelt,

kommen. Das heisst, wenn sie dann kommen, benötigen sie intensive Pflege und Betreuung. Zurzeit gibt es für jede Person der Stadt Zug, die einen Pflegebettplatz benötigt, ein Bett – irgendwo im Kanton. Die Aufteilung ist so, dass der Kanton die Zahlen für die Pflegebettplätze erhebt, meldet wie viele Betten zur Verfügung gestellt werden müssen und diese dann bewilligt. Aber die Gemeinden müssen dies umsetzen und ich muss mich bei der Planung auf die Zahlen verlassen, die ich vom Kanton erhalte.

anders aus, dafür ging der Waldameisenbestand zurück. Wie diese beiden Beobachtungen zusammenhängen, dazu wird nun geforscht. Das grösste Thema aber ist in diesem Bereich natürlich die Umsetzung der 2000-Watt-Initiative. Wenn wir dann diese Stelle kriegen, von der ich oben gesprochen habe, dann sollte hier in den nächsten Jahren noch einiges mehr passieren.

Vielleicht noch zu den Signalisationen, 30-er-Zone, Langsamverkehr etc., was alles auch zu meinem Amt gehört. Auch hier kommen immer wieder Begehren der Quartiere für eine Verlangsamung des Verkehrs. Das Herti hat beispielsweise mittels einer Unterschriftensammlung um eine 30er-Zone ersucht. Das hätte ich schon längstens gerne umgesetzt, wir hatten schon alles aufgegleist. Dann kam eine Beschwerde und wir sind bei der Regierung abgeblitzt, wir müssten mehr bauliche Massnahmen machen. Doch diese Massnahmen benötigen einen Beschluss des GGR, der GGR sagt, dass man das erst machen kann, wenn das WWZ die Strasse sowieso öffnet, also müssen wir wieder warten. Das verzögert das Ganze um Jahre.

BULLETIN: Was macht Zug speziell?

Andreas Bossard: Unsere Stadt kann man nicht mit anderen Städten vergleichen, die gleich viel EinwohnerInnen haben. Denn Zug bietet 33'000 Arbeitsplätze, was den städtischen und kantonalen Behörden eine Riesensumme Arbeit bereitet, das vergisst man gerne. Verwaltungsmässig müsste man die Stadt an ihrem Gebäudeversicherungsvolumen mit anderen Städten vergleichen. Dann haben wir in Zug viel mehr Beschwerden als in anderen Kantonen. Etwas verallgemeinernd gesagt, hat hier jeder immer sofort das Gefühl, er müsse für alles gleich einen Anwalt nehmen. Das deckt auch alle Ämter mit Arbeit ein und dann wundert man sich, dass wir so viel Personal brauchen.

BULLETIN: Wie bist du in die Politik eingestiegen?

Andreas Bossard: Ich bin heute noch stolz drauf, wie ich in die Politik eingestiegen bin. Meine ersten diesbezüglichen Bemühungen waren nämlich gleich erfolgreich. Das war 1980, die Überbauung auf dem Guggi



war schon ausgesteckt, ich habe zusammen mit anderen Unterschriften gesammelt, es kam zu einer Volksabstimmung. In der Folge davon haben die BewohnerInnen mit ihrem Ja zum Guggi hinter der Hauptpost eine Insel im Herzen von Zug gerettet. So müssen wir unbedingt dafür sorgen, dass wir auch andere solche Perlen den nachfolgenden Generationen überlassen können. Diesen Ort möchte heute keiner mehr hergeben. Auch die Grünzone zwischen Zug und Oberwil ist eine so wertvolle Grünzone, die erkämpft wurde. Wir Linken müssen hier unbedingt die Hand drauf legen. Der «Gluscht» auf unseren Boden ist mit den exorbitanten Bodenpreisen unglaublich gross. Das können sich nur ganz Reiche leisten. Ein Drittel der Stadtbevölkerung ist ausländischer Herkunft, sogenannte

Expats, die relativ schwierig zu integrieren sind, weil sie in der Regel nicht lange da sind, aber die teuren Wohnungen belegen. Beispielsweise gibt es eine neue Liegenschaft in der Stadt, in der Wohnungen um 14'000 Franken Mietzins pro Monat angeboten werden. Wer kann sich denn so etwas leisten? Ich prangere nicht die Tatsache an, dass wir einen hohen AusländerInnen-Anteil haben, sondern dass gewisse Bevölkerungsschichten in dieser Stadt nicht mehr vertreten sein werden. Das merken wir auch an den Sozialhilfedossiers. Wir haben viel tiefere Sozialhilfequoten als andere Städte. Zürich hat etwa fünf Mal so viele. Diese Entwicklung finde ich persönlich nicht gut. Die Stadt hat ihr soziales Gleichgewicht verloren.

BULLETIN: Was fasziniert dich an deiner Arbeit dennoch?

Andreas Bossard: Ich bin sehr gerne Stadtrat, man kann im Grossen und Ganzen doch etwas bewegen, auch wenn ich in diesem Interview die Stagnation etwas bedaure. Zug ist meine Stadt, da bin ich Bürger und aufgewachsen und ich fühle mich so verbunden, dass ich das Gefühl habe, dass ich mich da einmischen muss. Und ich mische mich gerne ein. In der jetzigen Stadt bin ich auch ein wenig das geschichtliche Gewissen. Da gibt es Leute im GGR, die haben ein kleines Erinnerungsvermögen und ich mag mich einfach 30 bis 40 Jahre zurück erinnern, was beschlossen wurde. Ich weiss von fast jedem «Toleteckel» was untendurch fliesst. Beispielsweise bei der Oeschwiese wusste ich von meinem Vater, dass dort eine Altlast drunter ist, darauf konnte ich dann bei den Gesprächen hinweisen. Das meiste ist irgendwo festgehalten, es nützt aber nichts, wenn man nicht mehr weiss, dass da mal etwas war.

BULLETIN: Vielen Dank für das Interview.

Sparen für die Reichen

Stefan Gisler, Kantonsrat Alternative - die Grünen | Bild BULLETIN

8 **Leben und Wohnen in Zug ist teuer. Das ist nicht markt- oder gottgegeben, sondern Zugs Politik schafft bewusst Gesetze zugunsten Reicher und privilegierter Firmen. In der Stadt Zug sollen nun Familien die Tiefsteuer- und Wachstumspolitik mit Sparpaketen bezahlen. Ein schweizweiter Trend ist bei uns angekommen!**

Am günstigsten in der Schweiz lebt sich gemäss der Credit Suisse in Uri und Glarus. Zug rutscht beim frei verfügbaren Einkommen für Familien mit jeder Steuersenkung immer weiter nach hinten. Grund fürs Abrutschen: Zug wird immer mehr zur Miethölle. Es wäre an der Politik, Gegenmassnahmen zu treffen, damit Familien und Normalverdienende in Zug bleiben können. Doch CVP, FDP, GLP und SVP belasten mit ihrer Steuersenkungs- und Wachstumsideologie Mensch wie Umwelt. Es gäbe Möglichkeiten, ein Zug für alle zu schaffen. Mittels Raumplanung, mit der Förderung von preisgünstigem Wohnen, mit einer langfristig vernünftigen Steuerpolitik, mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs, mit der 2000-Watt-Gesellschaft, mit Kulturförderung, mit der Stärkung von Familien etc.

Volk will tiefere Wohnkosten

Die Bevölkerung wünscht sich Massnahmen. Mit 62 Prozent Ja-Stimmen wurde 2009 die neue Bau- und Zonenordnung der Stadt Zug angenommen, die Zonen mit 50 Prozent der Geschossflächen für preisgünstige Wohnungen vorsieht. 2012 sagte die Stadtzuger Bevölkerung Ja zur Initiative «Wohnen in Zug für alle», die Massnahmen zum Erhalt und zur Schaffung von preisgünstigen Wohnungen vorsieht. Immerhin erkannte der Kantonsrat Ende August 2013 den Wachstumsdruck und sagte Ja zur Möglichkeit für Gemeinden, Gebiete für preisgünstigen Wohnraum einzuzonen. Dagegen war die SVP. Vordergründig tritt diese gegen Zuwanderung auf. Hintergründig tut sie alles, um Massnah-

men gegen deren negative Folgen zu verhindern. Mit ihrem Nein wollte die SVP diejenigen schützen, die mit Immobilienspekulation und überteuerten Mieten Profit aus der Zuwanderung schlagen.

Bürgerliche Misswirtschaft in der Stadt Zug

Viele bürgerliche Politiker stellen sich in den Dienst des Wachstums und der Privilegierten. Um 200 Millionen Franken jährlich wurden allein seit 2007 die Steuern im Kanton Zug gesenkt, vor allem für Unternehmen und Reiche. Trotz Warnungen der Alternativ-Grünen senkte der bürgerlich dominierte Grosse Gemeinderat der Stadt Zug den Steuerfuss in den letzten Jahren zudem von 70 auf 60 Prozent (total 25 Millionen weniger). Kein Wunder steckt die Stadt als Folge der bürgerlichen Finanzmisswirtschaft in den roten Zahlen. In der Stadt Zug sollen Familien den Preis zahlen, um Firmen und Reiche weiter zu entlasten: Höhere Krippenbeiträge, höhere Musikschulbeiträge, grössere Schulklassen, keine Buspassverbilligung (Referendum ergriffen!), kein neues Schulhaus in der Herti (Referendum ergriffen!). Und: FDP-Finanzchef Kobelt kündigte weitere Sparmassnahmen an.

Steuersenkungen finanzieren sich nicht selbst

Tiefe Steuern sollen neue Unternehmen anziehen. Dies führe trotz geringerer Steuereinnahmen pro juristische Person zu höheren Gesamteinnahmen. So die bürgerliche Milchbüchlirechnung. Frei nach Laffer, einem amerikanischen Ökonomen und Berater der Reagan-Ad-

ministration (seine Tipps führten zur US-amerikanischen Zweiklassengesellschaft und der Staatsverschuldung von heute!). Am Beispiel Glencore-Xstrata zeigt sich, wie absurd die Theorie ist. Im Jahr 2012 musste diese keine Gewinnsteuern bezahlen, weil ein grosser Betrag buchhalterisch abgeschrieben wurde. Glencore-Xstrata wird gar eine Steuergutschrift von 163 Millionen Dollar erhalten. Trotz «Verlusten» schüttet sie Aktionären eine Dividende von über 100 Millionen Dollar aus, allein CEO Glasenberg erhält 59,5 Millionen. Dennoch bezeichnete der Baarer Finanzverwalter die Rohstofffirma als «volkswirtschaftliche Perle» – der Gemeinderat Baar musste diese Aussage nach einer Intervention der Alternativen – die Grünen Baar korrigieren. Zu Recht: Glencore-Xstrata ist die umsatzstärkste Firma der Schweiz, bringt aber Baar und dem Kanton wenig Einnahmen und Arbeitsplätze (von Expats belegt).

Steuersenkungen für Firmen und Reiche

Steuerdumping gibt es nicht nur in Zug. Die zweite Unternehmenssteuerreform (U2) führte zu Milliardenverlusten bei Bund und Kantonen. Nun soll es eine dritte Reform (U3) geben mit Steuerausfällen von fünf Milliarden (s. Bulletin vom Juni 2013). Zugs Finanzdirektor Hegglin nutzt dies, um anzukündigen, dass Zug seine Unternehmenssteuern erneut senken «müsse», angeblich «um international wettbewerbsfähig zu bleiben». Somit bleibt die Strategie der Zuger Regierung «Wachstum mit Grenzen» ein leeres Versprechen. Die Senkung ist unnötig, selbst ohne bliebe Zug international steuergünstig. Auch befürwortet Hegglin neu das Steuervermeidungsinstrument «Lizenzbox», obwohl er 2011 sagte: «Solange das Box-System international nicht rechtlich anerkannt ist, macht es keinen Sinn,



Tiefe Steuern sind noch lange kein Garant dafür, dass Ende des Monats genug Geld im Familienkässeli bleibt.

gesetzgeberisch diesen Weg zu beschreiten, um dann doch wieder auf grauen oder schwarzen Listen zu erscheinen.» Das ist keine langfristig seriöse Steuerpolitik.

Städte verlieren, Kantone sparen

Laut des Schweizerischen Städteverbands verlieren die Städte mit der U3 bis zur Hälfte ihrer Steuereinnahmen juristischer Personen. Insgesamt entstünden allein in den Städten Steuerausfälle von über 1,5 Milliarden Franken. 16 Kantone planen schon heute Sparpakete mit massiven Einschnitten für die Bevölkerung. Einige sparen schon seit Jahren: Basel-Land, Bern, St. Gallen. Ungewohnt sind Sparpakete in der Zentralschweiz. Zug, Schwyz, Luzern, Ob- und Nidwalden hatten massiv Steuern für Firmen und Reiche gesenkt. Zwar zogen neue Firmen und Reiche zu, doch Mehreinnahmen blieben aus und die Senkungen wurden nicht kompensiert. Zu Luzern, das bereits ein Sparpaket umsetzt, gesellt sich nun Schwyz. Schulen, Polizei oder Gesundheit kriegen weniger Geld. Praktisch in sämtlichen Kantonen

ist das Personal von Lohnkürzungen betroffen. In Zug werden deren Renten nach 2008 (20 Prozent) nun ab 2014 ein zweites Mal (12 Prozent) gekürzt. Letztlich zahlt die Bevölkerung mit höheren Gebühren oder schlechterem Service public die Steuersenkungspolitik zugunsten Privilegierter.

Gegen oben buckeln, nach unten treten

Zur Finanzierung der Steuergeschenke gehen FDP, GLP und SVP noch weiter. Sparen bei den Ärmsten: Negative Einzelfälle werden medial aufgebauscht, um pauschal – mehrheitlich sind dies Familien – die Sozialhilfe zu kürzen. Die SVP Schweiz erarbeite eine «Handlungsanleitung», wie die SVP in Kantonen und Gemeinden vorgehen müsse, um das SKOS-Regelwerk aufzuweichen, so deren Generalsekretär Baltisser. Bald wird auch Zugs SVP gehorsam die Befehle der Parteiführung umsetzen. Leidtragende sind auch Menschen über 50, die von (steuerbefreiten?) Unternehmen nicht mehr angestellt werden und in Arbeitslosigkeit geraten

oder von der Sozialhilfe abhängig werden. Bern hat bereits beschlossen, die SKOS-Richtlinien massiv zu unterbieten. Das löste bei der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren Kritik aus. Denn einheitliche Ansätze verhindern Sozialtourismus zwischen Kantonen und gewährleisteten Rechtsgleichheit. Das fechten die Klassenkämpfer von oben nicht an.

Die Schweiz ist wirtschaftlich stark

Bürgerliche Parteien machten die Bevölkerung in den letzten Jahren glauben, der Schweiz gehe es wirtschaftlich schlecht und die Lösung seien Sparpakete sowie Steuersenkungen. Dabei ist die Schweiz laut dem Wachstumschancen-Ranking des WEF seit Jahren an der Spitze, seit 2010 auf dem ersten Rang. Von Finanzdirektor Hegglin immer wieder genannte Konkurrenten von Zug liegen abgeschlagen auf Rang 21 (Irland) oder 71 (Slowakei). Die Schweiz bliebe auch ohne U3 vorn, denn laut WEF basiert der Erfolg nicht auf Tiefststeuern, sondern auf Innovation, guter Bildung und guter Infrastruktur. So dient die bürgerliche Politik weniger der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, sondern primär der Profitgier einzelner Aktionäre und Reicher. Im Gegenteil: Dumpingsteuern, Abbau von Dienstleistungen, Demontage der Sozialversicherungen oder Tiefstlöhne führen zu Kaufkraftverlust der Bevölkerung, zu Staatsverschuldung und letztlich zu einer Wirtschaftskrise. Es braucht einen Weg der Vernunft. Vernünftig wäre schon, den Steuersenkungs- und Neoliberalisierungswahnsinn zu stoppen. ■

Der Fall Detroit

Philippe Koch | Bild Detroit Free Press

10

Mitte Juli 2013 hat Detroit's «Notfallmanager», Kevyn Orr, den Bankrott der Stadt erklärt. Die Schuldenlast war zu gross, der politische Wille seitens des Bundesstaates Michigan, mit neuem Geld den finanziellen Motor von Motor-City am Laufen zu halten, zu klein geworden. Der Fall Detroit's ist so niederschmetternd wie lehrreich.

In einem Kommentar, publiziert in der Detroit News im April 2011, schreibt Kirk Cheyfitz, ein lokaler Journalist, dass die nächtliche Dunkelheit das deutlichste Zeichen für die Unfähigkeit der Regierung sei, grundlegendste Bedürfnisse der schwinden Bevölkerung zu erfüllen. Zu dieser Zeit sind vierzig Prozent der Strassenbeleuchtungen kaputt. Ganze Strassenzüge bleiben nach Sonnenuntergang dunkel, auch in Vierteln, wo Menschen leben, arbeiten, in die Schule gehen.

Taxis statt Ambulanz
Bereits vor der Bankrotterklärung mussten die Bürger Detroit's auf eine akzeptable, öffentliche Grundversorgung verzichten. Die Sparanstrengungen im öffentlichen Sektor, getrieben durch die Anforderungen des Finanzmarkts, haben selbst für amerikanische Verhältnisse zu untragbaren Zuständen geführt. So rufen die Einwohnerinnen und Einwohner

Detroit's im Notfall eher ein Taxi als die Ambulanz oder die Polizei. Auf den Krankenwagen oder eine Polizeistreife wartet man gut und gerne 45 Minuten – wenn überhaupt jemand den Anruf entgegennimmt. So sah sich der Gouverneur von Michigan bei der Einsetzung des Notfallmanagers tatsächlich verpflichtet, zu garantieren, dass grundle-

gende Angebote, wie etwa dass die Polizei Telefonate entgegennimmt oder Schülerinnen und Schüler sicher zur Schule gehen können, bereitgestellt werden. Detroit's Bankrott ist kein rein buchhalterisches Phänomen, sondern zeigt sich drastisch und real auf der Strasse, in den Schulen, in Gemeinschaftszentren.



Ehemaliges Bücherlager der städtischen Schulen Detroit's.

Ursachenforschung

Der Fall Detroit's geht einerseits auf regional spezifische Gründe zurück, wie etwa auf den Niedergang der Automobilindustrie und den Ausbruch der Subprime-Krise. Andererseits lohnt es sich, nach Ursachen zu fragen, welche die Geschichte Detroit's mit denjenigen anderer Städte verbindet.

Zur Blütezeit des industriellen Amerikas, Mitte des letzten Jahrhunderts, lebten knapp 2 Millionen Menschen in Detroit, rund achtzig Prozent davon waren weiss. Sechzig Jahre später hat sich die Einwohnerzahl auf rund 700'000 reduziert, noch zehn Prozent davon sind weiss.

Diese Entwicklung ist nicht einzigartig, doch kaum an einem anderen Ort war der white flight, also der Wegzug der weissen Bevölkerung aus der Stadt, so umfassend wie in Detroit. Die Segregation nach Hautfarbe und Klassenzugehörigkeit war nicht das Resultat von Marktkräften.

Ähnlich wie in der Schweiz werden auch in Amerika Segregationsprozesse gemeinhin als «natürliches» Ergebnis des kompetitiven Föderalismus betrachtet: Die Menschen wählen mit den Füissen, ziehen also dorthin, wo ihre Bedürfnisse am besten befriedigt werden. Diese Sichtweise verkennt, dass politische und private Akteure Segregation –

nicht nur in Amerika – aktiv fördern und damit erst ermöglichen.

Suburbanisierung und Segregation

Zwischen den 1920er- und 1970er-Jahren zogen viele schwarze Amerikaner aus dem Süden nach Norden, einerseits um der Apartheid zu entfliehen, andererseits um bezahlte Arbeit zu finden. Besonders in der Automobilindustrie Detroit's war die Nachfrage nach loyalen und zuverlässigen Arbeitskräften enorm, die Anstellungsbedingungen dementsprechend attraktiv. Unter diesen Bedingungen wurde Detroit zu einer ethnisch durchmischten Stadt und gleichzeitig stieg Detroit zum industriellen Zentrum Nordamerikas auf. Die Stadt wurde zum globalen Symbol der Moderne und des Wohlstands, in der die Klassenfrage gelöst zu sein schien, da die Arbeiter, dank guter Bezahlung, «verbürgerlicht» wurden, d.h. in die Mittelschicht aufstiegen.

Doch mitten in der Blütezeit begann der Abstieg. Die Unternehmen der Automobilindustrie strukturierten ihre Betriebe um. Die Produktion wurde dezentralisiert, Produktionsstätten in gewerkschaftsfreie Billiglohngebiete in den Südstaaten oder im nahen Ausland verlagert, die Arbeitsabläufe automatisiert. Die Konsequenzen waren verheerend. Detroit verlor innerhalb weniger Jahre zehntausende Arbeitsplätze. Gleichzeitig wurde der aufkeimende Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Kapital durch den «Rassenkonflikt» überlagert.

Die schwarzen Migrantinnen und Migranten aus dem Süden stiessen zunehmend auf Ablehnung. Über 250 schwarze Familien – meist die ersten, die versuchten in eine weisse Nachbarschaft zu ziehen – wurden zwischen 1945 und 1965 Ziel rassistischer Übergriffe. Private und öffentliche Vergabepraktiken von Hypotheken (das sogenannte redlining) führten zudem dazu, dass Schwarze

nur eingeschränkt Wohneigentum erwerben konnten. Während sich also die weisse Mittelschicht in ihre Einfamilienhäuser in den Vororten zurückzog, blieb der schwarzen Unter- und Mittelschicht nichts anderes übrig als in der Kernstadt zu bleiben. Die Suburbanisierung Detroit's, ermöglicht durch den autogerechten Umbau des städtischen Raums und enorme Subventionen in den privaten Hausbau, verfestigte die Segregation und verunmöglichte Solidarität in der durch die Deindustrialisierung geschwächten Arbeiterschaft.

Tücken postindustrieller Stadtentwicklung

Als Kevyn Orr Anfang August 2013 ankündigte, dass er Mitarbeitende des Auktionshauses Christies eingeladen habe, um den Wert von Kunstwerken des Detroit Institut of Arts (DIA) zu schätzen, folgte die Reaktion aus den Vororten prompt: «Hände weg von unserer Kunst!» Die Kunst im DIA sei doch ein regionaler und nicht ein rein städtischer Asset, liess der Chef der Finanzabteilung von Oakland County, einem Vorortbezirk Detroit's, verlauten.

Wie zahlreiche andere Städte rund um den Globus hat Detroit in den letzten Jahrzehnten versucht, sich im Geiste des postindustriellen Stadtmarketings zu erneuern – jedoch ohne Erfolg. Die öffentliche Hand hat aberwitzige Summen in den Bau von Kongresshäusern, Casinos und Stadien investiert – Gelder, die in der öffentlichen Grundversorgung schmerzhaft fehlen. Dafür wurden undurchsichtige Quellen angezapft und Finanzierungsmodelle gefunden, die meist stossend, manchmal illegal waren. Dies mit dem Ziel, die Stadt für bestimmte Zielgruppen attraktiver zu machen: Touristen, Kongressbesucher, Sportfans, Kunstliebhaber; mit dem nicht unwesentlichen Nebeneffekt, dass der Mehrwert des Finanzkapitalismus profitabel und risikoarm, da öffent-

lich subventioniert und abgesichert, angelegt werden konnte.

Im Übergang vom industriellen zum postindustriellen Detroit werden nicht mehr Produkte in Fabriken gefertigt, sondern die Stadt wird selber zu einem Produkt, Freizeitpark inklusive. Der Erfolg bemisst sich dabei nur am Glauben der Investoren an die Attraktivität der Stadt. Der postindustrielle Umbau von Städten wie Detroit wird also angetrieben von Geldgebern, die gleichsam Schwindler und Propheten in einem sind. Im Unterschied zur Stadtbevölkerung ist es ihnen jedoch möglich, sich gegen ihre eigene Prophezie abzusichern – hedgen, nennt man das. Die Tücken der postindustriellen Stadtentwicklung: Die Kunstsammlung einer Stadt erscheint, aus Sicht der Investoren und vorstädtischen Oberschicht, wichtiger als die Beleuchtung der Strassen. So dient die reale Stadt nur noch als Kulisse für den Konsum kontrollierter Urbanität, den sich die einen leisten können, die anderen werden zu Statisten degradiert. Ein Schuft ist, wer da denkt, dass es in hiesigen Städten auch so zugeht – stimmt, die Strassenlampen lassen nächtens die ganze Stadt hell erleuchten und verwirren dabei die Zugvögel in ihrem Flug. ■

Der grosse Nachhall

Franz Stoller, freier Journalist Zug | Illustration Bulletin

12

Am 10. April 2013 verhandelte das Strafgericht Schwyz den bisher grössten Wirtschaftskriminalfall unseres Nachbarkantons. Die Rede ist von der Firma IPCO AG aus Pfäffikon, deren Hauptangeschuldigte 125 Millionen ergaunerten und über 1000 betrogene Kunden hinterliessen. Doch wie könnte es anders sein – der Grundstein für diese Betrügerei wurde einmal mehr im Kanton Zug gelegt.

Im Sommer 1996 eröffnete der heutige Staatsanwalt Peter Odoni in Zug eine Strafuntersuchung gegen die Firma Creativ Finance und ihr kompliziert verschachteltes Firmennetz. Den ahnungslosen Kunden der CF wurde von deren Vermittlern weisgemacht, dass die jährlichen Renditen von bis zu 48 Prozent mittels lukrativem Devisenhandel «erarbeitet» würden. Das war schlicht gelogen, man beglich mit Geldern von Neukunden nur alte Verbindlichkeiten – ein klassisches Schneeballsystem. Eine saudische Firma namens Al Wafa Brokers hatte ebenfalls einige Millionen in die CF investiert und gelangte 2006 mit einer Beschwerde an Bundesrat Blocher. Auf politischer Ebene sollte die Herausgabe der blockierten Gelder erzwungen werden. 17 Jahre später ist der CF-Fall strafrechtlich abgeschlossen. Zivilrechtlich wird aber immer noch um die arretierten Millionen der CF gestritten.

Die Finanztoreros

Carlos Sevilleja war das Hirn hinter dem 60-Mio-Betrug. Er lernte in dieser Zeit auch Mike Niggli mit seiner Beltrust AG kennen, die ebenfalls im Finanzanlagentümpel mitfischte. Der Spanier entwichte 1997 per Privatjet den Zuger Strafverfolgern nach Nizza. Sevilleja wurde von den französischen Behörden zwar verhaftet, aber nicht an die Schweiz ausgeliefert. Nach seiner Freilassung entschwand er auf Nimmerwiedersehen in seine Heimat. Derweil gründete Niggli mit der IPCO Investment AG in Pfäffikon eine neue Betrugsfirma, die statt einer Rendite von 48 Prozent «nur» 25 Prozent versprach. 2004 holte Niggli seine Vergangenheit ein, die Richter in Schwyz

verurteilten ihn zu 29 Monaten Haft wegen der Betrügereien mit der Beltrust AG. Niggli tauchte aber noch vor dem Gerichtstermin mit einem brasilianischen Pass nach Südamerika ab. Zwischenzeitlich wurde er von den argentinischen an die Schweizer Behörden überstellt und in U-Haft genommen, um letztlich doch wieder auf freien Fuss gesetzt zu werden. Seine zweite Flucht führte ihn 2009 nach Dubai, wo er seither unbehelligt dem Luxus frönt. Laut dem Bericht der SRF Rundschau genehmigt er sich dort mit Blattgold belegte Capuccinos und genießt das Leben. Die angeblich in den Gefängnissen «ruinierte Gesundheit» verunmöglichte es ihm, an der Verhandlung in Schwyz teilzunehmen... Er wurde dispensiert und in Abwesenheit zu 7 Jahren Gefängnis verurteilt.

Sanitärinstallateur, Sekretärin und prominente Anwälte

Der Geschäftsführer der IPCO Manuel Reina – angeblich Anlageberater und gelernter Sanitärinstallateur – sowie die Sekretärin Flavia Duss waren im Prozess gegen Niggli ebenfalls angeklagt. Treuherzig beteuerten sie vor Gericht, dass sie vom Betrug keine Kenntnis gehabt hätten. Ex-Beltrust Mitarbeiter und Abflussspezialist Reina, der ein Jahressalär von ca. Fr. 500'000 bezog, hätte sehr wohl wissen müssen, wohin die Gelder flossen. Er wurde in der Hauptsache für den Devisenschwindel zu zwei Jahren bedingt und zu einer Geldstrafe verdonnert. Glimpflicher ging es für die Face-

book-Freundin von Bertrand Chollet aus. Wegen ungetreuer Geschäftsbesorgung, Urkundenfälschung und Steuerbetrug erhielt sie lediglich eine Geldstrafe. Erstaunlich an diesem Fall ist, dass Reina von einem Mitarbeiter des als Anlegerschützer bekannten Prof. Fischer vertreten wurde. Sowohl die damalige Kanzlei von Ex-Ständerrat Frick wie auch Martin Ziegler vor seiner Tätigkeit als Kantonsgerichtspräsident waren anwaltlich für IPCO oder deren Umfeld tätig. Nicht umsonst gilt dieser Fall als Prüfstein für die Justiz im Kt. Schwyz...

Kein Märchen aus dem Morgenland

Für den Ägypter Ghazi Zoarab und seinen Verwandten, die in Ras al



Max Niggli – zurzeit in Dubai.

Khaimah (Vereinigte Arabische Emirate) wohnten, endete das finanzielle Abenteuer bei der saudischen Firma Al Wafa Brokers tragisch. Der Besitzer der Firma, Prinz Mohammed bin Saqr al-Qasimi garantierte die 50-Prozent-Rückzahlung des getätigten Investments, falls es zu einem Konkurs der Al Wafa Brokers käme. Als dies 1999 dann der Fall war, erkundigten sich die zwei besorgt nach dem Verbleib ihrer restlichen Gelder, worauf Zoarab abgewiesen und sein Verwandter für 6 Monate inhaftiert und gefoltert wurde. Die Fortsetzung dieses Albtraummärchens aus 1001 Nacht folgt im nächsten Bulletin. ■

Soll ich bleiben oder gehen?

Veronika Dittli | Bilder Paula Gisler

Zug, Bern, Schaffhausen, Delémont. Das alles sind Ortschaften, wo ich mich in naher Zukunft niederlassen könnte. Aber welche ist die schönste von allen? Was haben die einen, was die anderen nicht haben? Ist eine besser als die anderen? Oder ist es töricht, einen Vergleich machen zu wollen?

Ich begann damit, die Vorzüge der einzelnen Städte aufzuzählen: Zug ist steuergünstig. Bern zählt zu den zehn Städten mit der grössten Lebensqualität weltweit. Schaffhausen hat den Rheinfluss, den grössten Wasserfall Europas. Und in Delémont, im Hauptort des Kantons Jura, findet

Plötzlich sah ich wieder die Vorteile meiner Heimat am Zugersee. Und ich bemerkte erst jetzt, dass mir, als ich die Namen der Städte aufschrieb, nicht klar war, dass ich Zug, eine Seestadt, mit Flussstädten verglich. Hier in Zug, im Rank des Sees, sehe ich, wo ich stehe. Von hier aus kann

nem Ufer leben. In diesem Rank habe ich meine Familie, meine Freunde und Bekannten, die ich bei einem Spaziergang am See treffe. Leute, die mich schätzen. Wieso also sollte ich gehen? Nur aus demselben Grund, aus dem unsere deutschen Nachbarn den Norden, ihre Heimat, verlassen haben? Des Geldes wegen?

Aus Angst, in meiner eigenen Heimat keine Zukunft haben zu können, weil es keinen Platz und keine erfüllende Arbeit für mich gibt? Weil alles nach dem selben Schema abläuft und ich keine, für den Mittelstand – oder soll ich sagen «für den unteren Stand» – zahlbare Mietwohnung finde.

Weil Grünflächen verschwinden, an deren Stelle grosse Betonklötze entstehen. Weil die Strassen wegen der wachsenden Zahl an Autos immer enger und wegen der ständig grösser werdenden Autos immer gefährlicher werden. Weil ich deshalb irgendwann um das Leben meiner Kinder fürchten muss, wenn sie auf dem Schulweg sind!

Nein, eigentlich nicht. Aber ich habe mir diese «Ausreden» zurechtgelegt, um offen zu sein für einen Stadt- oder Kantonswechsel. Aber diese Denkweise ist nicht fortschrittlich und nicht mit gesundem Menschenverstand zu vergleichen. Sie ist negativ und geprägt von Angst und Hoffnungslosigkeit. Wie soll ich denn je etwas Gutes beitragen können, wenn ich so denke!

Dazu fällt mir ein Text von Charlie Chaplin ein. Er schrieb: «Als ich mich selbst zu lieben begann, habe ich aufgehört, mich nach einem anderen Leben zu sehnen und konnte sehen, dass alles um mich herum eine Aufforderung zum Wachsen war. Heute weiss ich, das nennt man Reife.»

Und wenn ich meiner Heimat dann doch den Rücken kehre, dann deswegen. Und in der Hoffnung, dass mich mein Lebensweg führen möge, sei es durch Schicksal oder durch Zufall. ■



man die besten Pferde der Schweiz. Doch das reichte mir nicht. Ich wollte alle diese Städte ansehen, hinfahren und entscheiden, welche wohl am besten zu mir passte. In Schaffhausen stellte ich fest, dass es dort eine schöne Altstadt gibt, genau wie in Zug.

ich eine andere Stadt und ein anderes Dorf sehen, welches mit der Bahn eine halbe oder sogar eine ganze Stunde entfernt liegt. Der See gilt für mich als Orientierungspunkt. Ebenso spiegelt er alles wieder, was ist. Auch die Menschen, welche an sei-

«Visionär muss man sein...»

Redaktion BULLETIN | Bilder BULLETIN

14

Am 3. Juli 2013 fand im Bürgerasyl auf Initiative der Alternative – die Grünen Stadt Zug, ein von Jolanda Spiess-Hegglin moderiertes Streitgespräch zum Thema Stadttunnel statt. Auf der Seite der Befürworter standen Walter Speck, langjähriger Präsident von Pro Zug, und Martin Stuber, Kantonsrat der Alternative – die Grünen. Auf der Seite der Gegner standen Alt-Regierungsrat Patrick Cotti und Philipp Kissling. Karl Linggi, Stadtingenieur der Stadt Zug, stellte das Projekt vor. Dieser Beitrag fasst die Argumente der Befürworter und der Gegner des projektierten Stadttunnels, inklusive Voten aus dem Publikum, zusammen.

Braucht es in Zug den Stadttunnel wirklich? Von Seite der Tunnelgegner wurde zwar das Verfahren gewürdigt, das zum aktuellen Projekt führte. Das Problem sei jedoch, dass dabei von der Prämisse ausgegangen wurde, man wolle einen Tunnel bauen. Dass der Tunnel aber überhaupt die richtige Entwicklungsrichtung sei, bezweifeln die Gegner. Die Idee, das Verkehrsproblem mit einem Tunnel zu lösen, sei veraltet. Einen Tunnel zu bauen, sei keine Pioniertat. Seitens der Befürworter war der Ausgangspunkt nicht «Wir bauen jetzt den Tunnel», sondern «Wie bringen wir den Verkehr aus der Altstadt?». Um das Stadtzentrum vom Autoverkehr zu entlasten, gebe es laut Befürwortern nur zwei Möglichkeiten: Tunnel oder Pfortneranlage. Andere Möglichkeiten gebe es aus topografischen Gründen ihrer Meinung nach nicht. Der Tunnel diene zur Entlastung der Verkehrsspitzen von je einer Stunde am Morgen und am Abend, argumentierten die Gegner. Mit einer Milliarde würde man also ein Luxusproblem lösen, ohne Inhalte zu generieren.

Wie viel Verkehr bleibt?

Laut Befürwortern, würden dank Tunnel nur noch rund hundert Busse und tausend Autos pro Tag durch die Neugasse fahren, die heutige Hauptachse des Durchgangsverkehrs. Heute sind es täglich 21'000 Autos. Der Tunnel sei die einzige Massnahme, um in der Vorstadt, in der Neugasse, in der Zeughausgasse, in der Gubelstrasse und im unteren Teil der Äge-

ristrasse, insgesamt 95 Prozent des Autoverkehrs zu eliminieren. Das sei im Vergleich zu heute eine andere Welt. Der Durchgangsverkehr verschwinde zwar im Tunnel, meinten hingegen die Tunnelgegner, nicht jedoch der innerstädtische Verkehr. Im Zentrum blieben der Busverkehr, der Parkplatzsuch-Verkehr und der Verkehr zu und von den Parkhäusern, welche mitten in der Stadt blieben und sogar ausgebaut würden. Es werde also auch mit dem Tunnel ziemlich viel Grundverkehr bestehen bleiben. Die tausend täglichen Autos seien wegen des neuen, geplanten Parkhauses illusorisch und die Bahnhofstrasse werde weiterhin eine Autostrasse bleiben. Die von den Befürwortern angegebenen Zahlen seien eine starke Vereinfachung und so nicht einmal in der Kantonsratsvorlage des Regierungsrats zu finden. Durch den Bau von Parkhäusern würden oberirdische Parkplätze aufgehoben, argumentierten die Befürworter, und beim Verkehr in der Stadt ginge es um die Suche nach einem Kompromiss. Ganz autofrei gehe es nicht.

Mehr Tunnel für mehr Verkehr?

Ursprünglich machte sich die Alternative für ein kleineres Projekt stark, für den sogenannten Minitunnel. Im Laufe des Prozesses schied der Minitunnel aus, beziehungsweise eine gestreckte Version davon, auch weil der denkmalgeschützte Pulverturm und die Wohnbevölkerung der Umgebung betroffen gewesen wären. Ein anderer Grund sei gewesen, dass

man ein Tunnelsystem mit ausreichender Kapazität brauche, um den erwarteten Mehrverkehr zu absorbieren. Gestalterisch sei das aktuelle Projekt laut Befürwortern sowieso besser als der Minitunnel, auch weil die Altstadt geschont bliebe und das verkehrsentlastete Gebiet grösser würde. Laut Tunnelgegnern wäre der Minitunnel besser, und er wäre auch möglich. Er würde jedoch, im Vergleich zum aktuellen Projekt, keine Kapazitätsvergrößerung schaffen. Wie man wisse, beanspruche der Verkehr immer die gesamte, verfügbare Kapazität. Der geplante Tunnel würde also Mehrverkehr generieren, und niemand würde dann etwas dagegen unternehmen, weil man für dieses Ergebnis ja eine Milliarde ausgegeben hätte. Diesem Argument entgegneten die Befürworter, die gewählte Variante sei die letzte Rettung gewesen. Das Projekt sei vor dem Scheitern gestanden, weil man bemerkte, keine andere Variante sei bautechnisch realisierbar gewesen.

Wem nützt es?

Gemäss Gegnern stelle der Tunnel keine Innovation dar, keine wirkliche Lösung, sondern nur ein Abschieben des Verkehrs. Der Tunnel entlaste zwar die Vorstadt, belaste jedoch Zug West extrem. Dort werde das Verkehrsvolumen um das vier- bis achtfache zunehmen. Es gehe ja nicht nur um die Vorstadt. Relativierend sei allerdings festzustellen, dass der deutliche Mehrverkehr zwischen Gubelstrasse und Aabachstrasse stattfinde, wo sich mehrheitlich Geschäftshäuser befinden. Was zähle sei, laut Befürwortern, dass die Entlastung der Bevölkerung durch den Tunnel insgesamt grösser werde als die Mehrbelastung, da die Tunnelmündungen sich mehrheitlich ausserhalb von Wohngebieten befänden. Der Stadttunnel würde auch Vorteile für das Ägerital bringen. Er habe gegenüber der Umfahrung von Unterägeri Priorität, weil dadurch der Eng-

pass Neugasse aufgehoben würde, der auch für den Busverkehr einen limitierenden Faktor darstellt. Bereits heute, trotz Fünfminutentakt in den Stosszeiten, seien die Busse bereits in Unterägeri voll. Für den Ennetsee bringe der Tunnel hingegen keine Vorteile. Eine gute ÖV-Erschliessung vor dort aus sei auch ohne Tunnel möglich. Mehr Strassenkapazität sei nicht nötig.

Welche Vision?

Die Vision von ZentrumPlus, einer völlig verkehrsfreien Vorstadt, sei auch für die Tunnelgegner reizvoll, da jeder gerne auf den Verkehr verzichten möchte. Das Verkehrsproblem betreffe aber nicht nur die Vorstadt, denn Stadtgefühl bedeute auch Begegnung der VerkehrsteilnehmerInnen. Laut Befürwortern führe der Tunnel dazu, dass die Verkehrshauptachse vom Gubelloch bis zum Casino eine verkehrssarme bis teils ganz verkehrsfreie Zone würde. Dank dem Tunnel wäre das Stadtzentrum nicht mehr zweigeteilt. Das sei wesentlich für den Detailhandel, denn der Detailhandel würde erst investieren, wenn Chancen gesehen werden, um Geld zu verdienen. Dies wäre der Fall mit mehr attraktiven Zonen, das heisst mit dem verkehrsentlasteten Zentrum. Der Skepsis der Gegner entgegneten die Befürworter, dass, anders als in ähnlichen Fällen in Baar oder Cham, dieses Mal die Massnahmen von ZentrumPlus integrierender Bestandteile der Vorlage seien. Die sechzig Millionen Finanzierungsbeitrag der Stadt seien verbindlich für die Umsetzung von ZentrumPlus reserviert. Nach der Umsetzung von ZentrumPlus werde man sogar Parkhäuser schliessen wollen. Derartiges finde zurzeit zum Beispiel in Aarau statt, wo man zunächst das Zentrum vom motorisierten Individualverkehr befreit habe und dort nun auch die Busse verschwinden lassen möchte. Die Tunnelgegner waren skeptisch: Bereits heute gebe es



Entweder Tunnel oder Pfortneranlagen: Neugass-Stadtfest 2004.

in Zug Möglichkeiten, man unternehme aber nichts. Die Altstadt könnte bereits heute verkehrsfrei sein. Aber nein, man müsse weiterhin auch dort mit dem Auto frei zufahren können. Man habe kaum etwas unternommen, um den individuellen Autopendlerverkehr in der Stadt zu reduzieren. Es gäbe ja keinen Willen, den Verkehr einzudämmen: Wie könne man von Visionen reden? Jede eingebrachte, alternative Vision wurde mit dem Argument verworfen, es gehe nur mit dem Tunnel. Mit dieser Verkehrsentwicklung käme man an Grenzen der Mobilität und der Tunnel würde nur diesen Trend verstärken, argumentierten die Gegner. Sie wünschten sich auch fünf Millionen, um Visionen zu entwickeln. Mit kleinen Projekten würde man in dieser Stadt kaum noch etwas erreichen, argumentierten die Befürworter. Das Tunnelprojekt sei eine klare Lösung und Voraussetzung für weitere Massnahmen. Es handle sich um das ein-

zige Strassenbauprojekt, in welchem Strassen faktisch stillgelegt werden. Visionär sei der Tunnel selbst nicht, aber die autofreie Vorstadt. Unter den aktuellen Umständen entwickle die Stadt sich nicht visionär. Bestes Beispiel dafür seien die aufgelegten Gestaltungsvarianten für den Postplatz. Eine resignative Haltung führe zu keinen Resultaten. Engagement zahle sich aus: Nur deswegen werde der Postplatz von Autos befreit. Visionär müsse man sein. Sonst lohne sich das Geld für den Stadttunnel nicht.

Wie teuer?

Der Minitunnel war in den neunziger Jahren mit 140 Millionen veranschlagt. Der Stadttunnel soll eine Milliarde kosten. Ob es denn am Ende sogar noch mehr wird? Auf der Gegenseite erwartet man, dass es nicht bei der Milliarde bleiben werde. Zusammen mit dem Bau seien der Unterhalt, der in der Vorlage zu nied-

rig geschätzt sei, und später die Erneuerung einzuberechnen, die alle fünfzig Jahre eine weitere Milliarde kosten werde. Aber der Tunnelbau selber würde schon mehr als eine Milliarde kosten. Das Projekt führe durch sehr schwierigen Baugrund, wo das Grundwasser unter Druck stehe. Man müsse permanent mit Wassereinbrüchen rechnen, so wie es bereits heute in grösseren Überbauungen im Stadtzentrum der Fall ist. Zudem sei mit der Absenkung von Gebäuden in der Umgebung zu rechnen. Der Stadttunnel sei für Zug ein Prestigeprojekt. Und von Prestigeprojekten wisse man, dass politisch und nicht sachlich begründete Kosten veranschlagt werden. Dieses Phänomen sei wissenschaftlich belegt. Aktuelle, prominente Beispiele seien Stuttgart 21 und Berlin Flughafen. Aus diesem Grund sollte man mit höheren Kosten rechnen. Anderthalb oder gar zwei Milliarden werde der Tunnel wohl am Ende kosten. Und auch wenn die Kosten gründlich ermittelt wurden: Eine Prognose bleibe trotzdem schwierig. Der Tunnel sei nicht nachhaltig: Wenn eines Tages die ausländischen Gesellschaften weggezogen sein werden, dann wird Zug auf einem unnötigen Tunnel sitzen bleiben, mit Jahreskosten von 20 Millionen oder sogar noch mehr. Aber selbst für eine Milliarde stünden andere Prioritäten an. Es gäbe drei kantonale Schulen, das Kunsthaus und anderes. Gemäss Finanzierungsprognose würde der Kanton wegen des Stadttunnels bis 2030 in eine Verschuldung von über 600 Millionen geraten. Und die Umfahrung von Unterägeri wäre ausgeschlossen. Auch von Befürworterseite wurde anerkannt, dass die Angabe der Betriebskosten tatsächlich eine Schwäche der Vorlage sei, weil sie nicht richtig ausgewiesen seien. Von Gegnerseite wurde weiter argumentiert, dem Kanton würde es gleich wie der Stadt ergehen: Er würde sich finanziell überfordern und dann wür-



Voll im Bild dank Visionen und Argumenten.

de deswegen Geld für Wichtigeres fehlen. Man würde zudem in eine verkehrsfreie Altstadt investieren, und so heute noch günstigen Wohnraum zugunsten teurer Zentrumswohnungen vernichten.

Ja aber ...

Der aktuellen Kantonsratsvorlage könne auch aus grüner Befürworterseite nicht pauschal zugestimmt werden. Man müsse allerdings zwischen dem Tunnelvorhaben als Ganzes und der Kantonsratsvorlage unterscheiden, da im Grundsatz gelte: Der Verkehr könne im Stadtzentrum entweder mit einer Pfortneranlage oder mit einem Tunnel reduziert werden. Aufgabe der Alternativen sei es, nicht in der Ecke zu stehen und zu sagen, der Tunnel sei zu teuer, sondern das Maximum aus dem ZentrumPlus zu machen sowie weitere Verbesserungen an der Vorlage durchzusetzen. Ein Knackpunkt sei

insbesondere die Finanzierung, welche zu Fremdverschuldung und so zu weiterem Spardruck im sozialen Bereich und in den Schulen führen würde. Es sei kaum nachvollziehbar, dass aus dem Eigenkapital ein Tunnel zu finanzieren sei, nicht jedoch anderes, wie z.B. die Schulinfrastruktur. Eine wesentliche Bedingung sei die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer. ■

Mehr Informationen zum Stadttunnel

Kanton Zug:

<http://www.zg.ch> > Behörden > Baudirektion > Tiefbauamt > Aktuelle Projekte > Stadttunnel Zug und ZentrumPlus

GegnerInnen-Komitee:

www.stadttunnel-neindanke.ch

Wo steht die Stadt heute?

Astrid Estermann, Mitglied Grosser Gemeinderat Stadt Zug | Bild BULLETIN

Im Mai 2011 wurde die Volksinitiative «2000 Watt für Zug» angenommen. Das Initiativkomitee für die 2000-Watt-Gesellschaft informierte sich vergangenen März über den Stand der Umsetzung. Dies geschah im Gespräch mit dem Baudepartement (u.a. André Wicki, Vorsteher) und dem Stadökologen Walter Fassbind.

Demnach hat der Stadtrat für die Jahre 2013–2016 einen Aktionsplan erlassen, worin er sich zu nachhaltiger Entwicklung sowie effektivem Energie- und Klimaschutz bekennt und sich folgende Ziele setzt:

- Planungsgrundlagen für eine «Kommunale Energieversorgung der Stadt Zug» schaffen
- Prüfung baurechtlicher Anforderungen und Anreize hinsichtlich 2000-W-Kompatibilität
- Anpassung des Baustandards für stadteigene Bauten hinsichtlich 2000-W-Kompatibilität
- Umwelt-, Energie-, Klimathemen in Kindergärten, Schulen und Jugendalltag etablieren
- Kommunikationskonzept «Weg zur Nachhaltigkeit»
- Stärkere Nutzung lokaler Quellen zur Deckung des städtischen Energiebedarfes.

Nachhaltigkeit und Bildung

Für die Umsetzung bedient sich der Stadtrat folgender Instrumente/ Werkzeuge:

- Umweltmanagementsystem ISO 14001
- Cercle indicateur: Selbstkontrolle anhand messbarer Nachhaltigkeitsindikatoren
- Energiestädte und -regionen: Massnahmenvergleich mit anderen Gemeinden

Für die Beurteilung der Nachhaltigkeitsindikatoren wurde im Mai 2013 die bisherige Umweltkommission in eine Nachhaltigkeitskommission überführt. Sie soll den Fortschritt hinsichtlich der Qualitätsziele der 2000-Watt-Gesellschaft überprüfen, indem sie die nachhaltige Entwicklung der Stadt Zug beurteilt. Die Autorin nimmt darin als Vertreterin der

Alternativen Einsitz. Für die Umsetzung der Initiative ist in allen Verwaltungsbereichen entsprechend instruiertes und sensibilisiertes Personal notwendig. Das städtische Personal – von den PlanerInnen bis zu



Mit der Frage «Watt kann ich tun?» wurden 2011 die Menschen auf der Strasse für die 2000-Watt-Initiative sensibilisiert.

den Werkdienstmitarbeitenden – ist aber kaum spezifisch geschult. Die Komplexität der Aufgaben bedingt zusätzliche Kompetenzen. Vorgesehen ist deshalb die Erarbeitung eines Weiterbildungskonzepts für das städtische Personal zu Energie- und Klimathemen. Ob dies ausreicht, ist fraglich. Auch eine klare Zuweisung von Zuständigkeiten für die Beurtei-

lung städtischer Projekte wäre in unseren Augen zentral, ist bis heute aber zu wenig geregelt. Zudem erachten wir es als sehr wichtig, dass energetische und bauökologische Kriterien bei Bauvergaben eine Rolle spielen (z.B. Wettbewerbemittelsprechender Vorprüfung). Im Baudepartement der Stadt Zug spielt dies bis jetzt eine untergeordnete Rolle, soll aber in Zukunft in die Bewertung einfließen. Die Stadtbildkommission sieht sich dafür als nicht zuständig, sondern konzentriert sich auf gestalterische Fragen.

Stadt Zug kein Vorbild?

Darauf angesprochen, ob auch in der Stadt Zug ein Vorzeigeprojekt wie die «Suurstoffi» in Rotkreuz in Planung sei, muss André Wicki zugeben, dass nichts solches vorgesehen ist. Er hofft auf Akteure wie Siemens oder V-Zug. Wir fragen: Wo bleibt die Vorreiterrolle der Stadt? Siemens teilte über die Presse im Frühling mit, dass sie allenfalls in Baar einen Neubau realisiert und den Standort Zug aufgibt. Dabei liess Siemens als Hauptinitiant diesen Frühling die ETH Zürich die Fallstudie «Nachhaltige Stadtentwicklung: Der Fall des Siemens-Areals in Zug» durchführen. Sie ging der Frage nach, was die 2000-Watt-Gesellschaft für das heterogene Siemens-Areal in Zug (Wohn-, Industrie- und Businesszone) bedeutet und unter welchen Umständen dieses Ziel erreicht werden kann. Dabei soll der Wandel von einem Industriequartier zu einem vielfältigen Stadtquartier wissenschaftlich begleitet werden. Die Ergebnisse wurden im Juni präsentiert. Sie zeigen interessante Zukunftsszenarien. Da Siemens nun doch in Zug bleibt, ist zu hoffen, dass Siemens zur Umsetzung der von ihr bestellten Studie bereit ist. Unabhängig davon ist die Stadt Zug stärker gefordert, im Hinblick auf die 2000-Watt-Gesellschaft eigene Akzente zu setzen. ■

Mehr Lohngerechtigkeit

Yannick Ringger, Co-Präsident Juso Zug | Bild BULLETIN

18

Seit Jahren wird die Lohnschere in der Schweiz immer grösser. Das reichste Prozent besitzt gleich viel wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Während sich Vasella, Dougan und Co. Jahr für Jahr mehrere Millionen plus Boni auszahlen lassen, können 231'000 Arbeitnehmende mit einer Vollzeitarbeitsstelle ihren Lebensunterhalt nicht bezahlen. Um diese Exzesse zu stoppen und für mehr Gerechtigkeit zu sorgen, hat die Linke in den letzten Jahren zahlreiche Initiativen eingereicht, die in den nächsten Jahren zur Abstimmung kommen – den Auftakt macht die 1:12-Initiative am 24. November.

«Der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn darf nicht höher sein als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlten Lohnes.» Mit dieser Forderung stoppen wir Lohnexzesse auf wirksame Weise. Zudem verknüpfen wir die höchsten mit den tiefsten Löhnen desselben Unternehmens, sodass die Gehälter zukünftig nur noch im Gleichschritt ansteigen können. Während wir in den letzten zehn Jahren einen Mehrwert erwirtschaftet haben, hat die reale Kaufkraft der niedrigen und mittleren Löhne abgenommen – jene der hohen und sehr hohen Löhne hat hingegen massiv zugenommen. So betrug das durchschnittliche Lohnverhältnis 2011 1:93. 1984 lag es noch bei 1:6, und 1998 immer noch bei 1:13. Diese Zahlen belegen, dass die explodierenden Managerlöhne eine Entwicklung der letzten Jahre sind und die Forderung der Juso nicht aus der Luft gegriffen ist.

Gerechte Löhne

Die 1:12-Initiative stösst die grundsätzliche Frage nach dem Wert von Arbeit an. Der Erfolg eines Unternehmens und einer Volkswirtschaft hängt nicht von einzelnen Personen ab, sondern davon, ob wir alle unsere Arbeit erfüllen. Somit müssen alle vom erwirtschafteten Mehrwert ein Stück bekommen. Ist es gerechtfertigt, dass jemand im gleichen Unternehmen 261-mal mehr verdient, wie dies beispielsweise beim Pharmariesen Roche der Fall ist? Ist die

Arbeit dieses Managers, Severin Schwan, gleich viel wert wie jene von 261 anderen Angestellten zusammen? Dank der 1:12-Initiative sollen alle ihr Stück vom Kuchen bekommen und davon leben können. Eine festgeschriebene Lohnbandbreite stoppt nicht nur einige wenige Abzocker, die sich auf Kosten aller anderen immer mehr nehmen, sondern bewirkt zudem, dass die grosse Mehrheit mehr verdienen wird: Nur wenn die tiefsten Löhne ansteigen, können auch die Manager mehr Salär beziehen. Klingt gerechter als das bisherige System, bei dem unten gekürzt und oben gemästet wird.

Ökonomisch sinnvoll

Eine stabile Wirtschaft beruht darauf, dass wir als Arbeitnehmende unseren Lohn wieder investieren, indem wir konsumieren. Wenn nun wenige Leute sehr viel «verdienen» und ein enormes Vermögen anhäufen, wird sich der Grossteil des Kapitals in wenigen Händen konzentrieren und nicht mehr in den Kreislauf der Wirtschaft zurückkehren. Die Nachfrage nach alltäglichen Konsumgütern und Aufträgen nimmt ab und Unternehmen müssen Arbeitsplätze abbauen. Mit dem konzentrierten Kapital der Abzocker wird stattdessen an der Börse auf Güter wie Nahrungsmittel und Immobilien spekuliert, was wiederum fatale Folgen für den Rest der Bevölkerung nach sich zieht (z.B. beim Platzen einer Immobilienblase

oder wenn die Getreidepreise explodieren). Mit einer gerechteren Verteilung der Löhne können sich also einerseits mehr Leute mehr leisten und somit die Wirtschaft ankurbeln und andererseits wird der perversen Spekulation auf Güter, welche wir alle konsumieren, der Riegel geschoben.

Kein Exodus von Firmen

Die Forderung von einem Lohnverhältnis von 1:12 ist absolut legitim. Zum einen bewegte sich bis vor wenigen Jahren die Lohnbandbreite in diesem Rahmen. Zum anderen hält auch heutzutage die überwältigende Mehrheit der Unternehmen in der Schweiz 1:12 ein. Über 99 Prozent aller Firmen haben eine deutlich geringere Lohnbandbreite. Die KMU, welche den Grossteil der Arbeitsplätze schaffen und mit dem hiesigen Werkplatz verbunden sind, werden, abgesehen von wenigen Ausnahmen, von der Initiative nicht tangiert. Zudem halten Betriebe wie die Migros, Coop und die Schweizerische Eidgenossenschaft 1:12 ein. Auch die Universität Zürich und die ETH Zürich erfüllen unsere Forderung, obwohl sie in einem internationalen Konkurrenzkampf um renommierte Professoren und Forschungsstühle stehen. Offensichtlich sind für Unternehmen und Manager die hiesigen Standortfaktoren mindestens so entscheidend wie der Lohn. Die Schweiz bietet eine sichere politische Lage, moderne Infrastruktur, gut ausgebildetes Personal und dichte Vernetzung für international tätige Betriebe; die Manager können ihre Kinder auf internationale Schulen schicken, profitieren von einem grossen Freizeitangebot, ausgebautem Gesundheits- und Verkehrswesen und können zudem ein völlig unbehelligtes Privatleben führen. Mancher Manager wird sich zweimal überlegen, ob er solche Faktoren freiwillig aufgeben möchte. Selbst wenn er dies tut,

müssten die Aktionäre des Unternehmens beschliessen, den Firmensitz zu verlegen – was äusserst unrealistisch erscheint. Seit Einführung des ersten gesamtschweizerischen Fabrikgesetzes 1877 haben Unternehmen immer wieder mit dem Wegzug gedroht – der Exodus ist stets ausgeblieben, da die Schweiz als Wirtschaftsstandort genügend Vorteile zu bieten hat, welche äusserst gefragt sind.

Keine AHV-Ausfälle

So wie die Wegzug-Drohung das Stimmvolk zu erpressen versucht, ist das Beschwören von massiven AHV- und Steuerausfällen eine Angstmacherei und Heuchelei. Ausgerechnet jene Kreise, welche die Unternehmenssteuerreform II durchgeboxt haben, welche zu Steuerausfällen in Milliardenhöhe geführt hat, ständig Steuersenkungen für die Reichsten vornehmen und die Renten für die Normalverdienenden kürzen, warnen jetzt vor AHV- und Steuerausfällen. Erstens ist das nicht sonderlich glaubwürdig. Zweitens stimmt das Argument nicht. Wir können davon ausgehen, dass nach Annahme der 1:12-Initiative die Unternehmen ihren Managern weiterhin möglichst viel Lohn zahlen möchten. Damit sie dies tun können, müssen sie die unteren Löhne anheben. Unter dem Strich würden die höchsten Löhne ein wenig zurückgehen und die tiefsten Löhne angehoben werden. An der gesamten Lohnsumme des Unternehmens würde sich kaum etwas verändern – und just Letztere ist entscheidend für die Bezahlung der AHV-Beiträge.

Fazit

Wir leben in einer Demokratie und können jedes Jahr über verschiedene Vorlagen abstimmen. Aber bei den wichtigsten Fragen lässt man die Menschen nicht mitentscheiden. Wir tragen alle dazu bei, dass



Auch in Zug sollen möglichst viele 1:12-Fahnen hängen. Jetzt gratis bestellen auf www.1-12.ch!

die Volkswirtschaft am Laufen bleibt und erwirtschaften mit unserer Arbeit einen Mehrwert. Also haben wir auch das Recht mitzubestimmen, wie dieser Mehrwert verteilt wird. Der Erfolg von Novartis beispielsweise hängt hauptsächlich davon ab, ob jeden Tag Tausende von Angestellten ihren Job verrichten und hat weniger mit den Fähigkeiten der Herren Vasella und Jimenez zu tun, welche sich mit dem Abbauen von tausenden Arbeitsplätzen ihre exorbitanten Saläre finanzieren. Mit der 1:12-Initiative kann das Volk endlich die Spielregeln festlegen, nach denen die Wirtschaft zu funktionieren hat.

Wer sich gegen Abzockergehälter und für mehr Lohngerechtigkeit einsetzt, stimmt Ja zur 1:12-Initiative. ■

1:12 unterstützen

Im Gegensatz zu unseren GegnerInnen werden wir im Abstimmungskampf nicht auf eine Millionenkampagne zugreifen können. Der Abstimmungskampf wird auf der Strasse stattfinden – dazu brauchen wir deine Hilfe!

Was du tun kannst:

- Freundeskreis überzeugen
- Flyer verteilen
- Plakate aufhängen
- Eine Fahne aufhängen (gratis): www.1-12.ch
- Leserbriefe schreiben
- Spenden
- 1:12-Buch zum Thema Ungleichheit von Juso und Denknetz kaufen

Falls du dich in Zug aktiv engagieren möchtest, melde dich bei:

virginia.koepfli@bluewin.ch
yannick.ringger@bluewin.ch

«Yes, we scan»

Martin Stuber, Kantonsrat Alternative – die Grünen | Bild Wikipedia

20

Dass die USA mit ihrem Schnüffelgeheimdienst NSA (National Security Agency) die ganze Welt belauschen, ist spätestens seit 2001, seit dem Erscheinen des Standardwerks «Body of Secrets» von James Bamford, bekannt. Zur gleichen Zeit sorgte das Mega-Abhörprojekt Echelon, welches die NSA zusammen mit ihren Schwesterdiensten in Grossbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland betreibt, kurze Zeit für Medienpräsenz. Nun stellt der unaufhörliche Strom an Enthüllungen durch den ehemaligen NSA-Agenten Edward Snowden die USA und Grossbritannien endgültig bloss – das Empire ist nackt.

Es war im heissen Sommer 2003, als die Lektüre des 720 Seiten dicken Bamford-Schmökers meine Sicht der Welt leicht veränderte. Ich war vor der unerträglichen Hitze ins angenehm temperierte Vals geflüchtet und hatte die Musse, das Buch in einem Rutsch zu lesen. Ein paar Monate zuvor hatte die Invasion des Irak durch US- und GB-Truppen der Welt klar gemacht, zu was die Militärmaschinerie des Weltherrschers zusammen mit seinem «Pudel» fähig war, wenn es um den strategischen Rohstoff Nummer 1 und die materielle Basis für die Beibehaltung des Dollars als Weltwährung ging: das Öl. Ebenfalls einer breiten Öffentlichkeit schon bekannt waren die Praktiken des CIA, die Mitte der 70-er Jahre durch den abtrünnigen CIA-Agenten Philip Agee bekannt gemacht wurden. Die NSA war bisher unter dem Aufmerksamkeits-Radar geflogen.

Grösster Geheimdienst der Welt

Dass die USA einen riesigen Aufwand treiben, um alles, was ihre Weltherrschaft und wirtschaftliche Vormachtstellung irgendwie bedrohen könnte, unter Kontrolle zu halten, war mir bewusst. Dass das Abhören aller diesbezüglich als kritisch eingestuften Aktivitäten auch dazu gehörte, weniger. Und dass der damit beauftragte Dienst – eben die NSA – der grösste Geheimdienst der Welt mit schier unerschöpflichen Ressourcen an Spezialisten und Geld war, wusste ich bis anhin nicht. Das Motto der Abhörspezialisten bei der

NSA bringt es auf den Punkt: «In God we trust, all others we monitor.» Das Abhören mit Wanzen und von Telefongesprächen war technisch kein Problem, ebenso wenig der Funkverkehr. Bamford beschreibt in seinem Buch, wie flächendeckend dies von der NSA betrieben wird und welcher grosser Aufwand für die intelligente Auswertung nötig ist. Am Schluss kommt er auf die Probleme zu sprechen, welche das Internet den Schnüfflern damals stellte – vor allem wegen der rasch wachsenden Datenmengen und der dezentralen kabelgebundenen Übertragung. Die NSA reagierte darauf mit der Einstellung von Ingenieuren, welche von CISCO abgeworben wurden, dem wichtigsten Hersteller der Herzstücke des Internets – den Routern. Über die Router fliesst der ganze Datenverkehr.

Echelon hoch zwei

Die in den 60-er Jahren aufkommende digitale Übertragung der Kommunikation über Satelliten war zwar ebenfalls eine neue Herausforderung, aber die wurde mit einem über die ganze Welt verteilten hochgeheimen Netz von Abhörstationen gemeistert. Alles, was über Satelliten geht, wird von Echelon flächendeckend abgehört. Nicht nur für militärische, sondern auch für polizeiliche, geheimdienstliche und wirtschaftliche Zwecke. Die Existenz dieses Programms wurde durch den «Bericht des nichtständigen Ausschusses über das Abhörssystem Echelon» des EU-

Parlamentes im Jahr 2001 nachgewiesen. Seit Snowden lernen wir nun mit jeder Woche mehr darüber, wie die NSA und sein englisches Pendant GCHQ den kabelgebundenen Internetverkehr mitschneiden, Verschlüsselungen aushebeln und Zugriff auf die Daten von Internet Providern und Clouds nehmen.

Speicherkapazität und Rechenleistung

Dem totalen Überwachungsstaat kommen zwei technische Entwicklungen zu Hilfe: Das exponentielle Wachstum der Speicherkapazitäten und die Rechenleistung von Computern. Ersteres ist nützlich, um möglichst viele Daten möglichst lange aufbewahren zu können, und Letzteres hilft beim Aussortieren der als kritisch eingestuften Informationen. Weil die Datenkommunikation mengenmässig so explosiv gewachsen ist und E-Mail und E-Mail-verbundene Formen (Facebook, Twitter etc.) alle anderen Kommunikationsformen mit Ausnahme des direkten Telefongesprächs abgelöst haben, sind intelligente Filter entscheidend für effiziente Überwachung. Schon vor dem Internet war die NSA einer der wichtigsten Abnehmer von Supercomputern, um die von Echelon gelieferten Daten verarbeiten zu können. Und was die Datenmenge betrifft, so baut die NSA derzeit einen weltweit einmaligen, gigantischen Datenspeicher im Bundesstaat Utah. Die ausgefeilte Software, welche eine effiziente Filterung und Verknüpfung der Informationen möglichst in Echtzeit erlaubt, ist das Herzstück der Überwachungsaktivitäten. Snowdens Enthüllungen zeigen, dass hier ein qualitativ beängstigender Level erreicht worden ist.

Wissen ist Macht

Weshalb denn der Datenhunger? Der immer wieder angeführte Kampf gegen den Terrorismus ist nur ein – höchst willkommener – Vorwand. Tatsächlich geht es um Herrschafts-

wissen. Das flächendeckende Monitoring ist ein integraler Bestandteil der offiziellen Doktrin des Pentagons: «full spectrum dominance». In den Papieren von NSA und GCHQ werden die Opfer der Schnüffelei als «adversaries» bezeichnet – als Gegner. Und das können wir alle sein. Unter Obama sind diese Tätigkeiten nochmals ausgebaut und der Kampf gegen Whistleblower verschärft worden. Die Behandlung von Bradley Manning, der mit seinen Wikileaks zugespielten Unterlagen dem Pentagon die sorgfältig gepflegte Maske der «humanitären» Kriegsführung weggerissen hat, die Jagd nach Edward Snowden, welche jegliche nationalen Souveränitäten mit Füßen trat, die Zerstörung der Snowden-Daten in der Redaktion des Guardian durch britische Geheimdienstler – das alles zeigt, dass die US- und GB-Regimes totalitäre Züge annehmen. Brav mitgemacht hat in Deutschland offensichtlich auch die damalige rotgrüne Regierung, was nun die Aufdeckung des Ausmasses der Verandelung der deutschen Geheimdienste mit NSA und GCHQ erschwert und der «nichtsahnenden» Frau Merkel das Leben leicht macht.

Zwei grosse Irrtümer

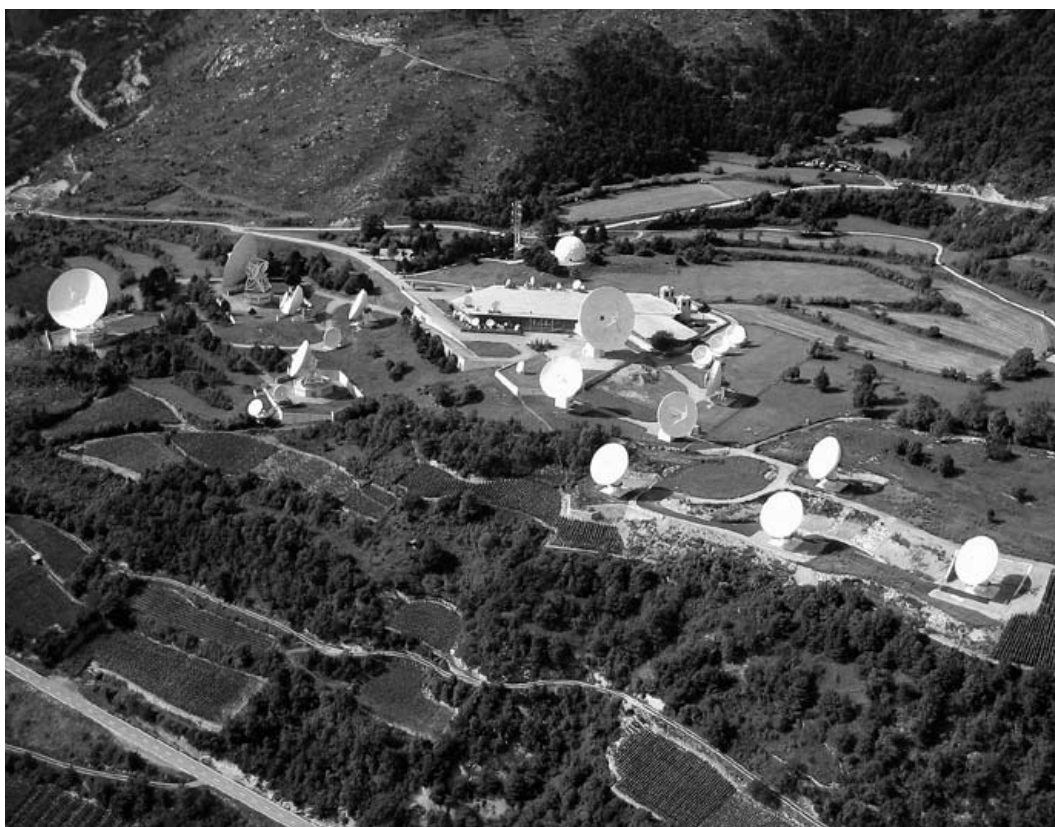
Der wirklich grosse Aufschrei blieb bisher aus – auch in der Schweiz. Das hat wohl zwei Gründe: Die Logik des «Ich mache ja nichts Verbotenes, also sollen sie mich doch abhören» und des «Gegen das Abhören kann man eh nichts machen». Beides ist gefährlich. Ersteres verkennt, dass die Beurteilung des Abgehörten in der Hand des Geheimdienstes liegt und dass gewisse Daten wie Persönlichkeitsprofile zunehmend lange aufbewahrt werden. Und letzteres stimmt nicht. Technische Lösungen, um das Internet abhörsicher zu machen, existieren. Es ist eine Frage des politischen Willens der Zivilgesellschaft, das durchzusetzen. Ein kleines Beispiel ist der erfolgreiche

Antrag des Schreibenden im August-Kantonsrat, der das ständige Real-time-Auslesen der Smart Meters in Haushalten durch die Energieversorger verbietet. Es dürfen nur einmal im Monat die aggregierten Verbräuche erfasst werden.

Und die Schweiz?

Das laute Schweigen in der Schweiz zu den NSA-Enthüllungen beunruhigt. Wie war das mit dem Fichen-

Fernmeldeverkehrs (BÜPF). Die historisch enge Anlehnung der Schweizer Geheimdienste an die Amis und Engländer lässt nichts Gutes ahnen. Wie war das doch nochmals mit dem Abhörsystem SATOS-3/ONYX? ONYX hat 2001 einen Big Brother Award zugesprochen bekommen und es ist bis heute nicht bekannt, inwieweit die Schweiz bei Echelon mitmacht. Die Beschlüsse zum ONYX-System fielen verdeckt und



Das ONYX-Satellitenabhörsystem in Leuk.

staat? Wie war das mit der Entdeckung vor drei Jahren, dass in der Datenbank ISIS schon wieder 200'000 neue Fichen angelegt worden waren? Die so genannte Staatsschutz-Datenbank ist zwar wieder auf 60'000 Fichen geschrumpft worden, aber der Geist lebt weiter – zum Beispiel im neuen Bundesgesetz betreffend Überwachung des Post- und

ohne Protokollierung. Ebenso geschah die Finanzierung durch Kredittranchen und mit Unterlaufen der Eidgenössischen Finanzkontrolle auf gesetzlich nicht geregelter Weg. Die Abhörzentrale in Zimmerwald liess man unter dem Vorwand einer Mehrzweckhalle errichten... Was braucht es noch, bis Linksgrün erwacht? ■

Hanni fertig

Hanni Schriber-Neiger, Expräsidentin Gleis 3 Alternative Risch

22

Mit den folgenden Zeilen hat sich Hanni Schriber-Neiger von ihren Vorstandsmitgliedern als Präsidentin verabschiedet. In einem ausführlichen Abschnitt zieht sie eine Art Bilanz, indem sie einige wichtige politische Ereignisse der letzten 17 Jahre aufführt. So lange war nämlich Hanni Schriber-Neiger Präsidentin vom Gleis 3 Alternative Risch. Das BULLETIN möchte es sich nicht nehmen lassen, ihr für ihre Arbeit auf diesem Wege ebenfalls zu danken.



Viele Geschenke für die abtretende Präsidentin.

«17 Jahre sind es geworden, die mir gar nicht sooo lange vorkamen, denn es gab mal ruhigere und auch mal sehr hektische, spannende Politphasen! In diesen vielen Jahren habe ich als Präsidentin viel gelernt und mir einiges an Fachwissen angeeignet. Heute fast unvorstellbar, z.B. 1996 wurden die Vorstandseinladungen noch per Post versandt und Gleis 3 hatte noch keine Homepage. Damals musste ich sehr viel telefonieren, wenn ich einen schnellen Vorstandsentscheid brauchte. Heute sind Dank PC und Internet An- und Umfragen einfacher geworden. Aber dafür wird man heute vom vielen Mailverkehr angetrieben. Auch ist die politische Welt um einiges hektischer als vor 17 Jahren. Und die Medienarbeit auf verschiedenen Ebenen hat in den letzten Jahren merklich zugenommen. Eine breite Themenpalette begleitete mich

in dieser langen Zeit, die sich regelmässig nach 2–5 Jahren wiederhol(t)en. Bei den meisten Vorstössen und Ideen war Gleis 3 der Zeit voraus. Aber verschiedene Anliegen wurden jeweils später aufgenommen und von der Gemeinde umgesetzt. In den letzten Jahren sind bei unserer Gemeinde trotz NFA/ ZFA und auch beim Kanton immer wieder Steuersenkungen beantragt worden, die mich ärger(t)en. Die Auswüchse davon sind heute im Kanton zu sehen!

Chronologie der Ereignisse

- 1996 «10 Jahre Gleis 3» und wir hiessen damals «Politische Arbeitsgruppe Risch»: Ich übernahm das Amt alleine vom Co-Präsidium Christine Hausherr und Joseph Bürgler. Heckensetzen und Openair-Kino gehörten u.a. zu den Jubiläumsaktivitäten/ Kommissionsstart zu einer familienfreundlichen Gemeinde.
- 1997 Majorz-Proporz Abstimmung/Buslinie nach Küssnacht in Fahrt (Dank KR Anne Ithen).
- 1998 Einweihung neues Feuerwehrgebäude/Start Deutschkurse für fremdsprachige Frauen.
- 1999 Eröffnung Chinderhus Langmatt/Gleiser-Motion für Verkehrsberuhigung Küntwilerstrasse, wo nur 4 Stimmen fehlten/2. Kindergartenjahr/ Abstimmung über Sportpark.
- 2000 Radweg mit Beleuchtung nach Buonas (Dank KR Anne Ithen).
- 2001 Grosser Schock im Land und ich war tagelang wie gelähmt nach dem Attentat aufs Zuger Kan-

tonsparlament: Unsere KR-Vizepräsidentin Anne Ithen wurde schwer verletzt. Ich war Initiatorin für einen Rischer Gedenkstein. Besonders bemerkenswert war, dass wir damaligen Parteipräsidenten nach nur ein paar Tagen nach dem Attentat, gemeinsam einen grünlichen, grossen Stein aussuchten und die Parteien diesen auch bezahlten. Der Gedenkstein steht heute beim Friedhof Rotkreuz und soll stets an die täglichen Gewaltopfer in der Welt erinnern.

- 2002 Neues Bibliotheks- und Musikhaus.
- 2003 Gleiser-Interpellation für Energiestadt Risch/Neugestaltung Dorf- und Bahnhofplatz/Partnerschaft Gemeinde Amaroni/ Urnenabstimmung Zonenplan «Industriezone»/Startsitzung «Alternatives Dach» Kt. Zug: Zusammen mit dem Chamer Gemeinderat Charles Meyer lud ich zwecks besserer Vernetzung aller alternativen-bunten-grünen Gruppierungen zu einem ersten Austausch ein. Erfreulicherweise nahmen alle teil.
- 2004 Gleiser-Interpellation zur Wasserqualität der gemeindlichen Bäche.
- 2005 Urnenabstimmung: Keine Fusionsverhandlungen von Risch mit Meierskappel aufnehmen/ Urnenabstimmung zur Revision gemeindlicher Zonenplan und Bauordnung, dem zugestimmt wurde und somit in allen Quartieren Tempo 30 möglich wird/ Gleiser-Motion betreffend erwerbskompatibler Blockzeiten an den Gemeindeschulen und Bedürfnisabklärung einer Tageschule wurde an der Gemeindeversammlung abgelehnt/endlich war es soweit und die Statuten standen «Wir schreiben ein neues Kapitel in der Zuger Politgeschichte», meinte beim gelungenen Alternativen-Grünen

Gründungsfest die erste Präsidentin Manuela Weichelt-Picard. Diese neue Bündelung der Kräfte und Vernetzung erleichterte mir als Präsidentin spürbar die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Ortsgruppierungen – sei es für eine Kampagne oder natürlich für den kantonalen Wahlkampf.

- 2006 Petition Feinstaub/zum Glück Ablehnung der Umzonung für eine Autobahnraststätte/bei den Wahlen hat es mir für einen von sechs Rischer Kantonsratssitzen gereicht. Damit ist Gleis 3 – Alternative Risch wieder im Kantonsrat vertreten, nachdem KR Lilian Hurschler (2005) weggezogen war.
- 2007 Start im KR und ich wurde gleich Stimmzählerin/März: kant. Urnenabstimmung Umfahrung Cham–Hünenberg, die leider eine knappe Zustimmung fand – ich steckte viel Energie in dieses unsägliche Strassenprojekt/November: Gleiser-Interpellation zu «Strukturen und Klima auf der Gemeindeverwaltung und an der Schule» – das war eine sehr emotionale Gemeindeversammlung mit vielen spitzen Voten und Spezialantrag.
- 2008 Motion von CVP/Gleis3/SVP betreffend «Untersuchung der personellen Fluktuation in Schul- und Gemeindeverwaltung» – diese Situation war politisch sehr schwierig für alle, und die Parteien in der Verantwortung zu handeln/neue Sporthalle Dorf- matt und Aufbahrungshalle/ Gemeindeversammlung: Bebauungsplan Langweid. Gleiser-Antrag zum gemeindlichen Verkehrsrichtplan: Eine Passerelle für den Langsamverkehr von Langweid (Suurstoffi) über die 13 Geleise zum Ökihof wurde in den Richtplan aufgenommen und die Anpassung des Richtplans – Weiler Breitfeld wird leider zur



Alt-Präsidentin Hanni Schriber-Neiger, Neu-Präsidentin Irene Widmer und Gründungspräsidentin Christine Hausherr haben Grund zum Anstossen.

Weilerzone ernannt! (Dieser Fehlentscheid beschäftigt noch heute 2013 die Gemeinde, den Kanton und den Bund).

- 2009 Eröffnung Ludothek, wo ich die Arbeitsgruppe präsidierte/ Gemeinde wird endlich Energiestadt!/Gemeindeversammlung, Teiländerung des Zonenplanes Schlossweg Buonas: Die bisheriger Bebauungsplanpflicht wird leider fallengelassen und in eine (Bau-) Zone mit speziellen Vorschriften umgewandelt, sprich Arealbebauung.
- 2011 Gleis 3 bringt Novartis-Ausbildungszentrum an die Urne/ Abstimmung Einzonung Gut Aabach Risch, der zugestimmt wurde/Privatpersonen nehmen den rechtlichen Kampf auf, was mich hoffen lässt/Denn nach der Abstimmung der RPG-Revision könnte vor Gericht diese Einzonung doch noch als nicht rechtmässig eingestuft werden!/Nach 8 Jahren wird Jo Lang als NR abgewählt, was für mich und die Zuger Linke eine bittere Pille war!
- 2012 Gemeindeversammlung: Begegnungszone im Dorfkern Rotkreuz lockte 480 Personen in den Dorfmattsaal, diese wurde erfreulicherweise angenommen!
- 2013 Initiativabstimmung Majorzwahl für Exekutive wurde leider angenommen.

Wahlen und Weibeln

Mit unzähligen Unterschriftensammlungen für Initiativen/Referenden

und Kampagnen mit und ohne Schöggeli ging ich mit euch auf die Strasse und wir verhalfen mit unserem Engagement vielen Anliegen zum Erfolg. Zur lustvollen Politarbeit gehörten auch diverse Workshops, wo wir neue Ideen entwickelten. Die Wahlen 1998, 2002, 2006 und 2010, verliefen für Gleis 3 erfolgreich, was immer eine intensive Vorlaufzeit bedeutete und der ganze Vorstand gefordert war. Nur bei den Friedensrichterwahlen konnten wir bisher noch nicht gewinnen. In all den Jahren begleitete ich mit Herzblut auch unsere Zeitschrift, die «Barriere» zusammen mit den verschiedenen RedaktorInnen, denn hier konnte ich meinen gelernten Beruf als Typografin einfließen lassen.

Nachfolge und Danksagung

In der Person von Irene Widmer haben wir eine Kandidatin gefunden, die sich als Präsidentin an der GV zur Wahl stellt. Ich bin überzeugt, dass sie mit ihrer engagierten Art und ihrem beruflichen Hintergrund die Geschichte von Gleis 3 Alternative Risch weiter in eine solidarische, umweltverträgliche und grüne Zukunft führen wird. Dem Gleis-3-Vorstand und besonders der langjährigen Vizepräsidentin Esther Gödl sage ich herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit in all den vielen Jahren. Ich wünsche dem Vorstand, dem ich ja weiterhin angehöre, weiterhin vernetztes Denken, interessante Diskussionen und zukunftsweisende Entschiede.» ■

Nicht bei der Bildung sparen!

Zug West wächst und wächst und beherbergt bereits mehr als ein Drittel der Bevölkerung der Stadt Zug. Die SchülerInnenzahlen sind in den letzten zehn Jahren sprunghaft angestiegen. Mit den grossen Wohnbauvorhaben Feldpark und Unterfeld wird dieser Trend weitergehen. Die Schulinfrastruktur hinkt hinter dieser Entwicklung her. Es fehlen die Räumlichkeiten für einen zeitgemässen Unterricht und die ausserschulische Betreuung sowie eine Mehrzweckhalle, die der Bevölkerung und den Vereinen zur Verfügung steht.

Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug hat die dringend notwendige Erweiterung am 2. Juli 2013 an den Stadtrat zurückgewiesen, mit dem Auftrag, unter Verzicht auf viele notwendige Räume eine wesentlich kleinere Schulanlage oder die Erstellung von weiteren vorfabrizierten Pavillons zu planen. Auf Räume für die ausserschulische Betreuung sei zu verzichten. Das Komitee Pro Herti, bestehend aus Mitgliedern der beiden Fraktionen Alternative/CSP und SP, hat deshalb eine Initiative lanciert, nach der die Stadt Zug bis 2017 die vorgesehene Erweiterung der Schulanlage Herti für die Primarschule, den Kindergarten und die ausserschulische Betreuung, sowie den Bau einer Turn- und Mehrzweckhalle realisieren soll.

Die Unterschriftensammlung hat begonnen, wir sind zuversichtlich, die notwendigen Unterschriften rasch zusammenzubringen, um den Stadtzugerinnen und Stadtzugern baldmöglichst die Gelegenheit zu geben, sich für die dringend notwendige Bildungsinfrastruktur für unseren Nachwuchs auszusprechen.

Bitte senden Sie ganz oder teilweise ausgefüllte Bögen möglichst bald, spätestens aber bis 15. Dezember 2013, zurück an:

Pro Herti
Spielhof 5
6317 Oberwil b. Zug

Initiativbögen können per Mail bestellt werden:
urs.e.meier@bluewin.ch



Samstag, 28. September, Gleis 3 Alternative Risch
Dorfmarkt in Rotkreuz, Dorfmattpplatz (Bahnhof)
Gleis 3 führt das beliebte Dorfmarktkafe mit Speis und Unterhaltung!

Montag, 30. September, Stadtführung: Im Reich der Rohstoffhändler
18.30 Uhr, Bahnhof Zug
Die geheimen Schätze von Zug entdecken.
Start: Bahnhof Zug (Treffpunkt)
Ende: Regierungsgebäude (Postplatz)
Dauer: 1h 15 min
Kosten: Fr. 15.–

Mittwoch, 2. Oktober, Monatsbar der Alternative – die Grünen, Zug
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Mittwoch, 6. November, Monatsbar der Alternative – die Grünen, Zug
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Montag, 11. November, Verkehrsforum zu den Flankierenden Massnahmen der UCH
19 Uhr, Lorzensaal, Cham

Montag, 11. November, Parteiversammlung
Besprechen der Geschäfte der Gemeindeversammlung, Gleis 3 Alternative Risch
19.30 Uhr, Sitzungszimmer, Kirchgemeinde Dorfmat

Montag, 25. November, Mitgliederversammlung des Forums Oberägeri
Diskussion Traktanden der Gemeindeversammlung,
Ort und Zeit: siehe www.forumoberaegeri.ch

Mittwoch, 4. Dezember, Monatsbar der Alternative – die Grünen, Zug
Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug

Montag, 9. Dezember, Gemeindeversammlung der Einwohnergemeinde Oberägeri
20 Uhr, Maienmatt



Cineastische Weltreise im Kino Gotthard

Trotz der geringen Kinodichte werden im Raum Zug immer wieder cineastische Leckerbissen gezeigt, die anderswo kaum zu sehen sind. Bereits Tradition hat das seit 2007 durchgeführte Festival unter dem Titel «Im Gotthard um die Welt». Aufgeführt werden ausschliesslich Filme aus dem Trigon-Verleih, der auf Filme aus aller Welt spezialisiert ist. Das kleine, feine Festival hat einen festen Platz in der Agenda vieler FilmliebhaberInnen.

Auch bei der diesjährigen Ausgabe gibt es im Kino Gotthard jeden Montagabend filmisches Neuland zu entdecken. Die cineastische Weltreise dauert von September bis November – aufgeführt werden Filme aus Ländern wie Iran, Jordanien, Kambodscha, Kenia, Kuba, Singapur oder der Türkei. Die beiden Vorstellungen von FLIZ finden in Anwesenheit eines Saalgastes statt, der im Anschluss an den Film für ein Publikumsgespräch zur Verfügung steht.

Montag, 7. Oktober,
Araf
von Yesim Ustaoglu,
Türkei
20 Uhr, Kino Gotthard



Montag, 14. Oktober,
FLIZ-Vorstellung,
The Orator
von Tsusi Tamagese,
Samoa
20 Uhr, Kino Gotthard
Saalgespräch mit Vertreter
des Vereins «Kleinwüchsige
Menschen Schweiz»



Montag, 21. Oktober,
When I Saw You
von Annemarie Jacir,
Jordanien
20 Uhr, Kino Gotthard



Montag, 28. Oktober,
Una Noche
von Lucy Mulloy,
Kuba
20 Uhr, Kino Gotthard



Montag, 4. November,
Une famille respectable
von Masoud Bakhshi, Iran
20 Uhr, Kino Gotthard



Montag, 11. November,
FLIZ-Vorstellung,
Le sommeil d'or
von Davy Chou,
Kambodscha
20 Uhr, Kino Gotthard
Einführung durch Oswald
Iten, Filmwissenschaftler



Montag, 18. November,
Ilo Ilo
von Anthony Chen,
Singapur
20 Uhr, Kino Gotthard



Veranstaltet wird das Festival von den Zuger Kinobetreibern Kino Hürliemann AG und vom Zuger Filmclub FLIZ in Zusammenarbeit mit Trigon-Film. Diese Kooperation lohnt sich für das Publikum auch preislich: Wer im Besitz einer Zuger Kinokarte oder eines Mitgliedausweises von FLIZ ist, erhält bei allen Vorstellungen Eintritt zum ermässigten Preis.

Freundliche Grüsse
Martin Bucher
FLIZ FilmliebhaberInnen
Zug



26 **Büchermail**

Liebe Leute
Es sind bereits viele Herbst-Neuerscheinungen eingetroffen – und die Spirale dreht sich weiter! Für einmal möchte ich eine Rückschau auf drei Bücher halten, die ja auch noch ziemlich neu sind – zumindest von diesem Jahr und sogar eines vom letzten – und die für mich sehr wichtig waren.

Für alle, die sich für die Schweiz, ihre Politik und ihre Literatur interessieren, möchte ich nochmals das grossartige Buch von Peter von Matt ans Herz legen «Das Kalb vor der Gotthardpost», Peter von Matt, Hanser-Verlag



Vom neuen Buch von Harald Welzer bin ich sehr begeistert und der Klappentext trifft für einmal zu und verspricht nicht zu viel.

«Wie ist uns eigentlich die Zukunft abhandengekommen? Was war noch mal die Frage, auf die Fortschritt und Wachstum eine Antwort sein sollten? Und: Wie kann aus der Zukunft wieder ein Versprechen werden statt einer Bedrohung? Harald Welzers Buch gibt Antworten auf diese Fragen. Es lotet die Abgründe des erdrückenden Konsumwahns und politischen Illusionstheaters aus und zeigt, wie viele konkrete und attraktive Möglichkeiten zum widerständigen und guten Leben es gibt!»
«Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand», Harald Welzer, Fischer-Verlag



Und das letzte Buch von Tony Judt, das er aus seinem Krankenbett diktiert hat. Er unterhält sich mit seinem jungen Kollegen Timothy Snyder über die politischen Ideen des 20. Jahrhunderts und wer sich darauf einlässt, kann ganz grossartige Entdeckungen oder Wiederentdeckungen machen mit grossen Geistern wie dem polnischen Philosophen Leszek Kolakowski!
«Nachdenken über das 20. Jahrhundert», Tony Judt, Timothy Snyder, Hanser-Verlag



Von den Büchern des Herbsts möchte ich besonders auf das neue Buch von Franz Hohler hinweisen:

«Gleis 4», Franz Hohler, Luchterhand Literaturverlag
Franz Hohler erzählt eine packende und spannende Geschichte und trägt mit diesem kleinen Roman auch dazu bei, dass die Geschichte der Verdinkinder nicht vergessen geht!



Ich wünsche allen einen schönen Herbst!
Susanne Giger



Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug

Postfach 4806
6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen Zug:

Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9–13 Uhr
Donnerstag 9–13 Uhr

Alternative – die Grünen Baar

Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Grünes Forum Hünenberg

Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Menzingen

Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri

Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Postfach 4805
6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri

Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Gleis 3 Alternative Risch

Irene Widmer
irene.widmer@ivic.ch

Grüne Steinhausen

Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug

Postfach 4806
6304 Zug
junge.alternative@gmx.ch

Krifo Alternative Cham

Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat

www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz

www.gruene.ch



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 3, SEPTEMBER 2013
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Postfach 4806, 6304 Zug, bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorat:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 4/2013:
Freitag 29. November 2013

Erscheinungsdatum:
Donnerstag 23. Dezember 2013

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

